

369

P. b. b.

Verlagspostamt 1081 Erscheinungsort Wien

Preis S 3,-



DER FREIHEITSKÄMPFER

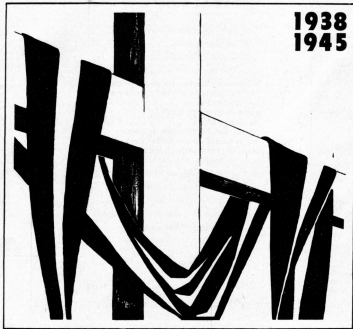
Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

30. Jahrgang

APRIL 1978

Nummer 1

**1938
1945**





1945 Österreich frei!

Mein Vaterland, o Österreich,
du Heimat mein,
an Schönheit überreich!
Daß du nun frei—

mit seinem Leben mußte es der Liebste zahlen,
von Weib und Kindern fern in tausend Qualen.
Und sterbend kam
aus dem geliebten Mund
die heilige Bitte:

„O laß mich nicht vergebens sterben
und laß mir Weib und Kinder nicht verderben!
Mach frei das heißgeliebte Land
und schlinge fest des Friedens Band!“

Gott gab uns gnädig die Erfüllung dieser Bitte.

Du Heimat mein, o Österreich,
du Vaterland bist frei,
doch unvergessen sind die Zeugen
der blutigen Tyrannei.

Maria Auer



DAS WORT DES BUNDESOBMANNES

Als in den Märztagen d. J. 1938 die Deutsche Wehrmacht Österreichs Grenzen überschritt und in Österreich die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, begann die Jagd der Gestapo nach den besten Österreichern. Zu Tausenden wanderten sie wegen ihres Patriotismus und ihrer Rassenzugehörigkeit, ihrer politischen Einstellung und ihrer christlichen Weltanschauung in die Gefängnisse und Konzentrationslager. Den gleichen Demütigungen, Schikanen, Qualen und Leiden ausgesetzt, entstand alsbald eine Kameradschaft, die in den Straßen der Konzentrationslager und in den dunklen Gängen und Zellen der Kerker begründet wurde. Wir Österreicher aus den verschiedensten weltanschaulichen und politischen Lagern erkannten, welches Unglück es in den vergangenen Jahren gewesen war, immer nur das Trennende zu sehen und darüber unser gemeinsames Vaterland Österreich zu vergessen. Sehr viele, ja wohl die meisten politischen Häftlinge aus Österreich, haben in den Konzentrationslagern den festen Entschluß gefaßt, wenn ihnen der Herrgott die Gnade der Freiheit dereinst wieder schenken sollte, in guter Kameradschaft am Neuaufbau der Heimat mitzuwirken und alles zu tun, damit der Gedanke der Einigung und Einigkeit in Österreich nicht mehr verloren gehe. Restlos wurde von allen die Diktatur in jeder Form abgelehnt.

Als dann in den Apriltagen d. J. 1945 die demokratischen Parteien von den Besatzungsmächten wieder zugelassen wurden, meldeten sich die politischen KZler aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen selbstverständlich bei ihren politischen Parteien zur Mitarbeit und fanden sich zu verschiedenen Kameradschaften zusammen. Diese ursprünglich selbständigen Organisationen schlossen sich später zum „Bund der politisch Verfolgten“ zusammen. Es war die Plattform für gemeinsame kameradschaftliche Aussprachen und Behandlung aller Fragen, die für die politisch Verfolgten interessant wurden. Dieses System brachte dem Bund auch schöne Erfolge, wie das Opferfürsorgegesetz u. a. m.

Leider aber machten sich mit der Zeit Bestrebungen bemerkbar, die die Einheit des Bundes gefährdeten und schließlich zu seiner Auflösung führten. So kam es am 16. März 1948 zur Gründung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. Bekannte Politiker wie Dr. h. c. Dipl. Ing. Leopold Figl, Dr. Felix Hurdes, Dr. Fritz Böck, Dr. Alfons Gorbach, Dr. Hans Pernitzer, Ferdinand Graf, Lois Weinberger, um nur einige zu nennen, gehörten dem Proponentenkomitee an.

Schließlich wurde für die Gesamtleitung ein Kuratorium gewählt, zum Obmann Dr. Fritz Böck. Sie alle haben in den gesetzgebenden Körperschaften der zweiten Republik mitgewirkt, daß die berechtigten Ansprüche der politisch Verfolgten in verschiedenen Gesetzen ihren Niederschlag fanden. Gerade das Opferfürsorgegesetz hat hierfür einen ziemlich weiten Rahmen gesteckt. Wie jede demokratische Organisation immer wieder durch freie Entscheidungen Veränderungen unterworfen ist, so gab es auch in der Kameradschaft durch Rücklegungen und natürlichen Abgang den entsprechenden Führungswechsel.

Unsere Kameradschaft ist nach 30 Jahren in einem Zeitalter der Massen an Zahl nicht sehr ins Gewicht fallend und wird auch in der Öffentlichkeit, selbst von uns Nahestehenden, oft nicht genügend beachtet. Sie ist als Vereinigung von Menschen, aus erlittenen schweren Erleben heraus, mit christlich-demokratischer Weltanschauung, gegründet worden. Ihre Funktionäre und Mitglieder haben durch ihr Bekenntnis und ihre Arbeit in der Österreichischen Volkspartei seit ihrem Bestand deren Zielsetzung entscheidend beeinflusst. Sie waren die Bannerträger der bis Ende der 50er Jahre in Österreich führenden politischen Kraft und wollen auch weiterhin, jetzt und in der Zukunft, Mahner und Wächter sein auf dem weiteren Weg unseres Vaterlandes.

Wir sind keine abgegrenzte, bevorrechtete Schicht und sind durch unser Erleben zu dem gefolmt worden, was heute so sehr gefährdet ist: zu einer Persönlichkeit, die sich gegen alle

Kollektivierung und Vermassung wehrt. Gerade die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten ist daher in der Lage und auch gewillt, mit Menschenfühlung zu halten, die aus ähnlichem Erleben kommen und zu ähnlichem Willen bereit sind. Wir wollen alles daran setzen, Brücken von Mensch zu Mensch zu schlagen und ein Beispiel zu geben, um dadurch zu dem zu kommen, wofür wir immer gekämpft haben: zu Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit in unserem Vaterlande. Es wäre nur wünschenswert, wenn dieses unser Willen in anderen Ländern verstanden, geteilt und unterstützt würde.

Wir sehen unsere weitere Aufgabe darin, die in gemeinsam ertragenem Leid und gemeinsam erduldeter Verfolgung und Schädigung entstandene Kameradschaft weiter zu pflegen und jene Solidarität zu erhalten, die im Interesse unseres Vaterlandes, in den Gefängnissen und Lagern geboren wurde. Wenn wir von Solidarismus sprechen, dann soll dies der Ausdruck und Ausfluß jener Schicksalsgemeinschaft sein, die sich in der härtesten Zeit bewährt hat und die zu erhalten uns im Interesse unseres Vaterlandes auch heute nach 30 Jahren noch äußerst wertvoll erscheint. Mit diesem Bekenntnis wollen wir unser Jubiläum feiern und aller denen, die nicht mehr unter uns sind, mit uns gekämpft und gelitten haben, gedenken und ihnen für ihr Vorbild danken.

Die noch lebenden Kameradinnen und Kameraden grüße ich als ihr Bundesobmann

Reg. Rat Franz Pernauer.



... damit der Gedanke der Einigung und Einigkeit in Österreich nicht mehr verloren gehe

ROMAN KARL SCHOLZ – GESTORBEN FÜR ÖSTERREICH

Geboren am 16. Jänner 1912, hingerichtet in Wien am 16. Mai 1944, Klosterneuburger Chorherr, Philosophieprofessor, Gefangener zwischen dem 22. Juni 1940 und der Hinrichtung 1944 in 15 Gefängnissen. Leiter der „Österreichischen Freiheitsbewegung“.

Abschiedsbrief . . .

Liebe Mitbrüder! 15. 2. 1944

Bevor sich der letzte Akt meiner Tragikomödie vollzieht und mir die Verurteilung jede Möglichkeit nimmt, mit ein paar Zeilen einen letzten Dank abzustatten, nütze ich die Gunst der Stunde dazu, es zu tun.

Ich weiß nur allzu gut, wie erzwungen Euer Schweigen war – und zugleich klug dem meinen. Ebenso habe ich nie daran gezweifelt, daß ich nicht vergessen und verlassen war, und denn ja, daß ich es heute weniger bin denn je. Daß vielmehr alles geschieht, was geschehen kann, um mein Leben zu retten. Ich darf aber nicht verhehlen, daß ich reichlich pessimistisch bin, was einen guten Ausgang meiner Sache betrifft. So möchte ich denn noch einiges sagen, was mir am Herzen liegt: Vorerst: ich muß annehmen, daß man meine Person als (recht fadenscheinigen) Vorwand benutzt hat, um den lange vorbereiteten Schlag gegen das StIFT zu führen. Soll ich mich verteidigen? Ich meine, jeder Vorurteilslose weiß hier klaren Bescheid. Ich wage sogar zu sagen, daß mein Wirken und mein Tod, so Gott will, der Grund dafür sein wird, daß unser Haus glorieich wiederersteht.

Man glaube mir: Was ich getan habe, das tat ich aus der Not meines Gewissens heraus. Was ich als Christ und Mensch bedauern muß, tut mir herzlich leid. Als Mann und Patriot habe ich nichts zu bereuen. Vor meinen Freunden und der Nachwelt bin ich ebenso gerechtfertigt wie vor mir selber. Daran vermag auch die ganze Justizkomödie und alle Verurteilung, mich moralisch zu erledigen, nichts ändern. Gäbe es eine freie Verteidigung, wären andere die Angeklagten, nicht ich, selbst rebus sic stantibus. Schön, ich trage Eulen nach Athen!

Wer ich war und was ich geschaffen, wird die nahe Zukunft offenbaren (es sei denn, daß alles in Chaos versinkt)! Vielleicht werdet ihr dann stolz darauf sein, daß ich zu Euch zählte. Ich bin Eurer Hilfe wert, dessen seid gewiß! Und bleibe ich wider Erwarten am Leben, so werde ich Euch – wie meinen

Getreuen – zu danken wissen. Andernfalls lebt Einer, der vergilt, was man dem Geringsten der Seinen getan.

Was ich bisher durchgemacht, war ein Purgatorium. Was jetzt bevorsteht, gibt der Hölle nicht viel nach. Ohne Gottes Gnade wäre es nicht leicht zu tragen. In ihm vermag man alles. So hoffe ich, ungebrochen wie bisher das Ganze durchzustehen. Vergnügen ist der Henkertod ja keines, noch weniger das Auf-Im-Warten. Aber ich weiß mich in bester Gesellschaft (in Gegenwart, wie Vergangenheit!). Ich weiß auch wofür ich sterbe: für alles, was groß und gut und edel ist, und zum guten Teil auch für Gottes Wort. Haßt man mich nicht doppelt, weil ich Priester bin – neben meiner gefährlichen Geistigkeit mein Hauptverbrechen – ?

Im Leben bin ich leider meinem Herrn und Meister so wenig gefolgt. Jetzt im Sterben darf ich sein Jünger sein. Süßer Stolz erfüllt mich jedesmal, wenn ich die Passio lese. Wieviel darf ich mit meinem Gott gemeinsam haben! Es heißt nun, sich dieser Gnade wert erweisen!

Lebt also wohl! Euer Gebet und Gedenken wird mir die Kraft erlöhen, weiter wie ein Mann und Christ zu

Letzter Brief vor der Hinrichtung

„Liebster Freund!“
Nur noch Tage, oder richtiger Stunden trennen mich von dem Augenblicke, da man mich sichert und wie einen Hund an die Kette legt. Dann ist für mich alles so gut wie zu Ende. Dann gibt es auch keine Möglichkeit mehr, Dir zu schreiben. Du Treuester und Getreuester: So wird dies denn mein unwiderruflich letzter Brief sein. Ich wollte, er würde darum mein schönster.

Was an Leid hinter mir liegt, war nicht mehr als eine kleine Kraftprobe angesichts dieser allerentscheidendsten Entscheidung, vor der ich nun stehe. Erst einmal der Prozess, diese widerliche Komödie – sinnvoll, daß sie am Faschingsdienstag beginnt und am Aschermittwoch endet! –, die ich wehrlos über mich ergehen lassen muß. Nun, keiner der Meinen wird sich durch die Schmähungen meiner Person im Glauben an mich irremachen lassen!



Stiftskirche Klosterneuburg

duiden und auch das Schwierigste im Leben zustandezubringen. Das rechte Sterben!

Nehmt meinen Dank für alles! In caritate Romanus

Und nachher? Ich bin aus erster Quelle über alle Details im Bilde. Ich kam bloß eines sagen: Einzig Teufel sind imstande, solche Methoden zu erlernen, um Todgeweihten keine, aber auch keine Qual und Schande zu ersparen, ehe man sie schlachtet wie das liebe Vieh. Barmherziges Schweigen, eurentwegen!

Ich sehe kalt und klar das Kommende. Ich weiß freilich, daß Du, daß Ihr alle das Menschenmöglichste tun werdet, mich zu retten. Ich wünschte, es gelänge Euch. Aber: man will meinen Tod! Vergiss das nie! Nun, kul! li allah! Alles steht bei Ihm!

Ich bin bereit. Seine Gnade wird mich geleiten, bis zum Märtyrertode. Das Menschliche in mir weint um das verlorene Leben. Will nicht recht begreifen, daß es wirklich soweit ist. Der Weise in mir lächelt, nimmt Abschied von allem, noch einmal, und blickt dann voran, fest und unerschütterlich, knowing that death, the necessary end, will come, when it will come!

Der Heilige in mir jedoch, jenes winzige, keimende Ding in meinem so sündigen Herzen, regt sich, wie jauchzend, zum Flug ins große Licht. Und staunend stammelt er Gott seinen Dank für die größte aller Gnaden, die Er zu vergeben hat: Blutzugnis ablegen zu dürfen für die Wahrheit, und dabei zu den Verbrechern gezählt zu werden wie Sein Sohn!

Wenn das Saat Korn nicht in die Erde fällt und stirbt, bleibt es allein. Stirbt es aber, so trägt's viele Frucht! Liegt darin nicht der tiefste Sinn meines Todes? Gott beruft mich ab vom eben begonnenen Werk. Härtestes des Harten für einen schöpferischen Menschen! Doch geschieht es nicht eben deshalb, weil ich als Töter mehr wirken kann denn als Lebender? Lebende sind Menschen, die ewig enttäuschen. Der Töter wird zum Mythos und Symbol. Der Töter wird Euch besser führen als der Lebende!

Wenn ich eine Strähne Haar belege, so mag Dir das beim ersten Bedenken kindisch erscheinen. Aber es wird das einzige sein, was Du hast, das einst ein Stück von mir war. Bin ich doch überzeugt, daß man nicht nur meine Habe einziehen wird, sondern auch meinen Leichnam nicht ausliefert, so daß Ihr nicht einmal mein Grab habt. Selbst mein Werk wird in Gefahr sein, da man gewiß eine delecto memoriae im Schilde führt. Gespenster? Ich kenne meine Zeitgenossen!

Ich will enden. Worte und Verse gelingen mir nur noch schlecht. So nah am großen Schweigen liebt man selbst das Schweigen. Dürft ich Dich ein einziges Mal noch sehen. Dir die Hand zum Abschied drücken! Fast wollen mir die Tränen kommen. Ich lächle. Was ist schon der Tod? Trug wie das Leben. Wahr ist nur eins! Gott ist die Liebe. Zwei? Nein, die beiden sind ja dasselbe! Was also kann uns scheiden, Freund und Bruder? Niemand und nichts!



Roman Karl Scholz

Bundesminister a. D. Dr. H. Drimmel

1938—1978 Freiheit für Österreich

Es kam alles ganz rasch, wenn auch nicht unerwartet, damals im März 1938. Seit dem Herbst des Vorjahres hielt sich unter den Anwohnern der Vaterländischen Front hartnäckig das Gerücht, wonach Mussolini bei einer Begegnung mit Bundeskanzler Schuschnigg nicht mehr die gewohnte Unterstützungsbereitschaft für Österreich gezeigt hat. Insbesondere war es eventuell dieses Eingreifen des Dritten Reiches in die sogenannte „Österreichische Frage“ betraf. Nach dem Theaterdonner Hitlers in Berchtesgaden, insbesondere der demnach erfolgten Übertragung des Resorts für die Polizei an Seyff-Inquart schien bereits die äußerste Gefährdung der Front gegen den Hitlerismus zu bestehen. Dazu aber riß die Karte, die der Bundeskanzler am 24. Februar vor dem österreichischen Bundestag im Parlament hielt, alles noch einmal aus dem Feuer. Niemand, der am Abend dieses Tages in Wien den Ruf der Massen: „ROT-WEISS - ROT BIS IN DEN TOD“ gehört hat, wird die ernste Begeisterung vergessen. Aber da und dort, zumal in Landeshauptstädten, machte sich in dieses Bekenntnis die erklärte Absage der Nationalsozialisten an die Parole dieses Tages. Und nur eine Woche später erwagten die illegalen in Graz die Absetzung des dortigen Landesführers der VF ALFONS GORBAK. Weil der angeblich der meingelaufrige Frontführer in Österreich war.

Es folgte jenes Souper im Speisesaal des Wiener Hotels AMBASSADOR: Der Befragte Hitlers für Österreich, Wilhelm Keppler, in Begleitung eines Doktor Veestmayer nach Wien gekommen, erläuterte dem österreichischen Innenminister Seyff-Inquart und Hugo Jury die Punkte des Ultrasatras, das er am Samstag, den 5. März dem Bundeskanzler in dessen Dienstwohnung überreichen wollte. Praktisch ein Vorschlag zur Ermöglichung der Machtübergabe des Nationalsozialismus auf kaltem Weg.

Und dass die Woche vor dem historischen IDEN DES MARZ: Schon am 4. März der Aufruf an den Generalsekretär der VF Zernato, eine Volksbefragung auf Grund der legitimierenden Idee der Märzfassung 1934 vorzubereiten. Noch am selben Tag die Vorberatung der Volksbefragung im engsten Kreis um Zernato, die von Zernato einer Agmina des Dr. Ernst Kaltenbrunner diktierte Aktennotiz betreffend das Vorhaben, der Verrat dieser jungen Frau an die Nationalsozialisten. Tags darauf die Zustimmung der Landesführer der VF zur Volksbefragung, faktisch das JA der damaligen Landeshauptleute. Am 8. März die Information des anstehenden Innenmini-

sters Seyff-Inquart durch den Bundeskanzler, das anscheinende Einzwängen des Ministers auf diesen Kurs des Bundeskanzlers und Frontführers. Und am 8. März die offizielle Ankündigung der Volksbefragung durch die Rede Schuschniggs in Innsbruck.

Dazu: Schon zuvor war man in Berlin von diesem Vorhaben informiert und spätestens am 7. März 1938, abends, wählte man davon in den Druckereien, die das Werbe- und sonstige Material für den 13. März herzustellen, von dem noch geheimes Plan. So lief seit diesem Tag die Gegenaktion. Was folgte war der tragische Zusammenbruch des von allen Regierungen im Stich gelassenen Österreich, der Zusammenbruch der österreichischen Resistance am Abend des 11. März 1938. Die Verabschiedung des Anschließgesetzes durch die Regierung Seyff-Inquart am 13. März, und zwar ausdrücklich aufgrund der Dollfuß-Verfassung 1934, die vor – und nachher von den Nationalsozialisten ausdrücklich als ein Schwindel ohne rechtlichen Gehalt hingestellt wurde. Die Übernahme des fraglichen Gesetzestextes in ein wortgleiches Reichsgesetz der Regierung Hitlers.

Verlassen wir die große Straße weltpolitischen Ereignisses: Beginnend in der Nacht vom 12. März, insgesamt 70.000 Festnahmen, teils durch eine über Nacht gleichgeschaltete österreichische Exekutive, größtenteils durch die insamr noch illegale SA. Gleichzeitig verlassend, gehobensweise Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst. Und während die Deutsche Wehrmacht die Grenze zu Österreich aufgrund eines angeblichen Hilfversuchens der österreichischen Regierung (ein solches ergab nie) überschritt, die beginnende Demolierung des österreichischen Heeres: Noch in der Nacht vom 12. März der gewaltsame Tod des Landesverteidigungsministers General Zehner, die Konfirmierung des nach Beizestuden aus dem Amt geschiedenen Chefs des Generalstabs Jansa, schließlich das erzwungene Ausscheiden von 55% der Generale, 42% der Obersten, 40% der Offiziere des Generalstabs und überhaupt 14% aller übrigen Offiziere.

Nachher Entlassung, Entlassung, Entlassung, geleitet von einem Staatskommissar im Bundeskanzleramt. Der erste Transport der für das KZ Dachau bestimmten Österreicher. Die beginnende Auflösung der Bundesregierung, zunehmende Landesregierung. Der Ersatz des Namens Österreich durch die Bezeichnung Ostmark, das Verbot des Gebrauchs des Wortes Österreich die Unterstellung der Reichsgaue der

Donau- und Alpenländer unter Mänschen (partei-politisch) und Berlin (staats-politisch). Immer deutlicher ein Hervortreten jener Endabsicht Hitlers, die er 1942 in einem seiner sogenannten Tischgespräche enthüllen wird: Die Zerschlagung Österreichs, zuerst auf Kosten Wiens, die Errichtung der Reichsgaue, denn:

„Jeder Gau ist glücklich, sein eigener Herr zu sein.“

Eigener Herr, in eigenem Käfig, wie es zuletzt kam. Alles war für Österreicher damals es ertragen gewissen. Was aber den Selbstbestimmungswillen am Österreichern willien fast zu Boden drückte, war die nachträgliche Quasi-Bestätigung Hitlers in seinem Vorgehen gegen Österreich: Blüten des US-Botschafters für Hitler, selbst noch beim beglückenden Ende der CSSR. Das Zusammengehen des englischen Konservativen CHAMBERLAIN und des französischen Liberalen DALADIER mit Hitler, noch im Jahr des Anschlusses, sowie der Bolschewiken STALIN im Jahre 1939 zwecks einer vierten Teilung Polens.

In diesen finsternen Stunden eines Österreichers geschah die Selbstbestimmung der Österreicher auf das Österreichische. Auf die Freiheit Österreichs, die Wiederherstellung seiner politischen und staatlichen Eigenständigkeit, der Opfergang für Österreich. Zwei später von der ÖVP gestellte Bundeskanzler durchschritten den Opfergang in einem KZ: LEOPOLD FIGL und ALFONS GOBBACH, der erste Vizebürgermeister WIENS LOIS WEINBERGER und, nicht zuletzt, der erste Generalsekretär der ÖVP FELIX HURDES. HURDES wie WEINBERGER riskierten im Schatten der Gallienne, der sie nur durch Zufall entgingen, die Sarengung der tragenden politischen Kräfte des Landes in einer Volkspartei für Österreich.

Einmal war man sich in der ÖVP bewußt, daß diese Partei als einzige in Österreich das Wort ÖSTERREICHISCH an der Spitze ihres Namens trug, als andere Parteien ihre parteipolitische Idee voranstellten und die Idee des Klassenkampfes, wofür die erneuerte Demokratie von 1945 nicht mehr als ein Weg sein sollte.

Mahnend sehen wir heute um uns die Zeichen einer gefährlichen Zeit: Wüdester RASSISMUS von Negervölkern, zumal in Afrika und in den USA. Erneute Unterwerfung großer Teile Europas, jetzt auch schon der Erde, unter die Diktatur der Epigonen STALINS. Kriegführen ohne Ende nach der Zerstörung des MILITARISMUS in Japan und Deutschland, mehr Krieg als in jeder vergleichbaren Ära der Neuen.

Noch ist die Chance des Jahres 1945 nicht verflut. Dies wußt nur dann, wenn jense ROT - WEISS - ROT BIS IN DEN TOD aus 1938 nicht vergessen wird, das politische Testament JULIUS RAARS, die rot-weiß-rote Fahne hochzuhalten, weiterhin gilt. Und sich über erneut aufbrechende Klüfte im Land jene verbindende Parole: ÖSTERREICH! erhebe, der wir folgten, als es Nacht wurde über Österreich.

Bundesrat A. Pumpernig,
Obmann des Landesverbandes Steiermark

Vom Sinn unseres Widerstandes für die junge Generation

Niemand Geringerer als Winston CHURCHILL erklärte im Jahre 1946 vor dem britischen Unterhaus:

„Im Tausendjährigen Reich Adolf HITLERS lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und entwerfende, internationale Politik, immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört hat, was in der politischen Geschichte aller Völker hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne Hilfe von innen und außen - einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens.“



Solange sie lebten, waren sie für uns unsichtbar, weil sie sich tarnen mußten. Aber an den Toten ist der Widerstand sichtbar geworden. - Diese Toten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschehen ist, aber ihre Taten und Opfer sind das Fundament des neuen Aufbaues.“

Sicherlich ist die Wiedererrichtung des demokratischen und freien Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg, die Wiedereingliederung in die Familie der Völker, durch das Handeln dieser Opfer, ihr Leiden und ihr Sterben, erleichtert und beschleunigt worden. Aber ist das alles? Ich glaube nicht. Die Männer und Frauen des Widerstandes wollten über ihren Tod hinaus mehr. Sie wollten die Rückkehr zu klaren, sittlichen Grundsätzen, zum Rechtsstaat, die Wiederherstellung der Legalität.

Sie wollten den Boden für eine bessere und friedlichere Zukunft, für eine neue Menschlichkeit bereiten.

Dringen diese Botschaften noch in unser Ohr? Und in unser Bewußtsein? Haben wir sie an die junge Generation weitergegeben?

Handeln wir danach? - Oder beschwichtigen wir unsere eigenen Zweifel durch Handlungen, die zu Pflichtübungen wurden?

Im Kampf gegen den Nationalsozialismus haben sich Männer und Frauen aller Volks- und Berufsschichten, aller Glaubensbekenntnisse und aller politischen Richtungen vereint.

Sie stimmten trotz allem Gegensatz in fundamentalen Fragen überein. Sie waren sich bewußt, daß die erste Republik am Fehlen dieser fundamentalen Übereinstimmung zugrunde gegangen ist.

Auch wir brauchen heute diese grundsätzliche Übereinstimmung und dürfen sie durch ein ganz unsinniges Freund- und Feinddenken, durch gegenseitige Verteufelung von Gruppen und Schichten unseres Volkes nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Insofern und gerade deshalb sollen sich jene, welche die Politik in unserem Lande heute bestimmen, diese Tatsachen stets in Erinnerung rufen.

Schließlich wußten die Frauen und Männer des Widerstandes, daß Staat und Recht untrennbar zusammengehören.

Das Recht bindet den Staat, aber auch den Einzelnen.

Der Rechtsstaat gewährleistet die Freiheit, er macht die Ausübung von Herrschaft und Gewalt berechenbar und erträglich.

Deshalb muß jeder Versuch, rechtsfreie Räume entstehen zu lassen, jede Intention, politische Ziele durch Rechtsbruch zu erreichen, entschieden bekämpft werden.

Schließlich hat die Erfahrung auch gezeigt, daß die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auch dadurch ermöglicht wurde, daß man fanatisch intolerant - mit Toleranz begegnet ist. Deshalb ist jeder, dem die Freiheit seines Landes und seine persönliche Freiheit etwas bedeutet, aufgefordert zu einem Engagement im Alltag, die Bereitschaft, Rechtsbruch Rechtsbruch zu nennen, die Ironisierung der Demokratie oder staatlicher Autorität durch Rechtsverbrecher nicht widerwilling hinzunehmen - und notfalls zu verteidigen.

Adolf Hitler war kein unabwendbares Schicksal, er wurde gewähnt.

Die Jahre des erbitterten Kampfes gegen den Nationalsozialismus bewiesen, daß man sich der Gefahr wohl bewußt war.

Aber dann laugte die schreckliche Not auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, genauso wie bei uns in Österreich, die Kraft und den Willen zum politischen Widerstand mehr und mehr aus.

Die zitternde Hoffnung, daß der alles versprechende Verführer uns vielleicht doch aus dem schlimmsten Elend herausheilen könnte, überlagerte Erkenntnisfähigkeit, Kritik und auch Angst.

Das war dann der sogenannte „demokratische“ Weg zur Diktatur. Die Verhältnisse und Schwächen verantwortlicher Politiker taten ein übriges.

Das furchtbare Ende war die Entesselung des Zweiten Weltkrieges und die Vernichtung von Millionen Menschen. Der Nationalsozialismus forderte mehr als 55 Millionen Tote. Ungefähr die Hälfte davon kam in Konzentrationslagern und Gefängnissen des damaligen Regimes um.

Im „Namen des Deutschen Volkes“ geschah millionenfacher Mord an Juden, Zigeunern und Geisteskranken, politischen Gegnern oder an Menschen, deren einzige Schuld es war, für Freiheit und Recht einzutreten.

Ich weiß, daß es immer mehr Menschen gibt, die von unserer dunklen Vergangenheit nichts mehr hören wollen.

Sie sind es leid, so sagen sie, in Sack und Asche herumzulaufen, weil Verbrechen begangen wurden, an denen sie keinen Anteil gehabt haben. Aber darum handelt es sich nicht.

Natürlich ist es Unsinn, von jungen Menschen zu verlangen, sie sollten für etwas büßen, was vor ihrer Geburt verübt worden ist.

Es geht nur darum, daß wir diese dunkle Phase unserer Geschichte in unser Bewußtsein aufnehmen und sie nicht zu verdrängen versuchen. Wir haben gelernt.

Nicht nur die Politiker, sondern auch unser Volk hat gelernt. Es hat begriffen, daß Extremismus in jeder Form für unser Land verderblich ist.

Es hat eingesehen, daß Freiheit und sozialer Ausgleich bessere Garantien für die Zukunft eines Volkes sind, als der Kult der Macht. Auf dieser Erfahrung aufbauend, haben wir seit 1945 einen sozialen und freiheitlichen Rechtsstaat errichtet, wie ihn unsere Geschichte bisher kaum gekannt hat. Ich darf, um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerken, daß der von mir in diesem Zusammenhang verwendete Ausdruck „freiheitlich“ ganz und gar nichts mit der „Freiheitlichen Partei“ in Österreich zu tun hat.

Freiheit und Recht sind uns inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden. Und darin liegt eine Gefahr.

Die junge Generation in diesem Staat weiß nicht, was ein Unrechtsstaat ist, in dem es keine Freiheit gibt, keine Freiheit zu denken, keine Freiheit zu hören, keine Freiheit zu reden, zu lesen was man will und keine Freiheit zu demonstrieren.

Nur allzuleicht sind wir versucht zu glauben, Freiheit und Recht seien eine angenehme Draufgabe vom lieben Gott, weil wir so nette Österreicher sind.

Die Hauptsache sei, daß es uns wirtschaftlich gut gehe. Wobei diese Feststellung, bei weiterem Steuerrück und diversen, schickösen Maßnahmen des Herrn Finanzministers, sicherlich in Bälde auf die selbständig Erwerbstätigen nicht mehr zutreffen wird.

Aber, liebe Freunde, selbst wenn es uns wirtschaftlich schlechter gehen sollte, ja gerade dann, behielten Freiheit und Recht ihre Würde, gerade dann müßte uns klar sein, daß sie den eigentlichen Sinn unseres Staates ausmachen.

Zum Jahr 1933 haben nicht zuletzt wirtschaftliche Gründe geführt; damals glaubte das deutsche Volk, was auch viele unserer Landsleute glaubten: Ein bißchen Unfreiheit sei nicht so schlimm, wenn es uns etwas besser ginge, wirtschaftlich besser ginge.

Es war ein schlechter Tausch, der direkt in die Katastrophe führte. Am 8. Mai 1945 ging ein großes Aufatmen durch die Welt.

Man glaubte, mit der Niederschlagung HITLERS sei der **einzige** Friedenstäter beseitigt.

Nun komme endlich Friede für die ganze Welt.

Wir haben die bittere Erfahrung machen müssen, daß der Krieg auch nach 1945 nicht gestorben ist.

Zwei Hände reichen nicht aus, um die Kriege zu zählen, die seither geführt wurden.

Hat es einen Tag nach dem 8. Mai 1945 gegeben, an dem nicht von Menschen auf Menschen geschossen wurde? Warum also die vielen Millionen Toten, als Folge des Nationalsozialismus?

Hat sie in den KZ's umgekommen sind oder als Soldaten erschossen wurden, noch immer nicht verstanden? Neue Spannungselemente in der Welt entstehen; Machtstrukturen verschieben sich, gefährliche Risse zeigen sich im Weltgefüge.

Müssen wir deshalb verzagen? Treiben wir auf eine neue Katastrophe zu? Unser kleiner Staat könnte eine solche sicherlich nicht verhindern.

Wir sind sicherlich nicht befugt, die Lehmeister anderer Völker zu spielen. Unsere Einsicht, aus furchtbarer Erfahrung gewonnen, ist die: Wir müssen die Kräfte des Friedens stärken, damit sie die Kräfte des Krieges zähmen und überwinden.

Volkshochschule Brigittenau, 1200 Wien, Raffaelg. 13, Tel. 33 21 95 **Gemeinsame Veranstaltungsreihe mit dem Dokumentationsarchiv der Österreichischen Widerstandsbewegung**

- Di, 16. Mai: **Faschismus in Österreich** (Wilhelm Fink-Verlag, München)
Es diskutieren: Dr. Helene MAMANN, Univ.-Ass. Dr. Karl STUHLPFARRER (Institut für Zeitgeschichte), Dr. Wolfgang NEUGEBAUER, Min.-Rat Dr. Kurt SKALNIK, Gastkarte 5 10.-
- 3344 40 JAHRE DANACH** 19.00 Uhr
Anlaßlich des 40. Jahrestages der Besetzung Österreichs. In Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes.
- Di, 21. März: Vizekanzler a. D. Dr. Fritz BÖCK
War ein Widerstand 1938 möglich?
- Di, 11. April: Dr. Helene MAMANN
Der Widerstand der Österreicher in den Exilländern
- Di, 25. April: Dr. Johnny MOSER
Judenverfolgung in Wien
- Di, 23. Mai: DISKUSSIONSFORUM: **Ist der Schoß trüchler noch, aus dem das krecht?**
Neofaschismus und neue Rechte in Österreich?
Es diskutieren: Chefred. DDr. Günther NENNING (Neues Forum), Prof. Herbert STEINER, Dr. Viktor REIMANN (Kronen-Zeitung), Dr. Ursula PASTERK (Profi), Diskussionsleitung: Prof. Hugo PEPPER
Die Serie wird im Herbst fortgesetzt!
4 Abende, Abonnement 5 30.-, Gastkarte 5 10.-
- 3249 FILMDOKUMENTE ZUR ZEITGESCHICHTE** 18.00 Uhr
Anlaßlich des 40. Jahrestages der Besetzung Österreichs
Einleitende Worte und Diskussion: Dr. Wolfgang NEUGEBAUER
- Fr, 7. April: **Das Leben Adolf Hitlers**
- Fr, 21. April: **Der gewöhnliche Faschismus**
- Fr, 28. April: **Nacht und Nebel**
Gewalt und Gewissen
Verlangen Sie bitte unser Detailprogramm!
3 Abende, Abonnement 5 20.-, Gastkarte 5 10.-

Auch dazu kann unser kleiner, neutraler Staat beitragen, wie gerade in den vergangenen Monaten, die Vorbereitung zur KSZE-Konferenz in Belgrad mit Erfolg geehrt hat. Ja, das Jahr 1945 war für viele Überlebende der Tiefpunkt. Doch es gab eine Hoffnung.

Wir hatten zwar nichts zu heizen und zu essen, aber wir konnten wieder frei denken, frei reden, jeden Sender hören, wir konnten die Zeitungen der ganzen Welt lesen – mit einem Wort, wir konnten wieder bairische Luft atmen.

Und wir hatten eine Aufgabe, nämlich ein neues Österreich zu bauen. Und schmerzlich wurde uns in jenen Tagen bewußt, daß viele der Besten fehlten. Bis zum Schluß hatte das Regime nicht aufgehört, die, die Widerstand leisteten, zu quälen, zu töten und zu mordern. Doch es war auch der Geist dieser, die Widerstand geleistet hatten, auf den wir unseren neuen Staat aufbauten.

Sie waren uns Zeugen dafür, daß der Geist der Freiheit und des Rechts in unserem Volk zu keiner Zeit erloschen gewesen ist.

Ihr Kampf gegen Tyrannei war gescheitert, ihr Opfer aber legt uns die Verpflichtung auf, alles für die gewonnene Freiheit, für das erreichte Recht und die Erhaltung der Gerechtigkeit unseres Volkes zu tun und zu opfern.

Der Jugend unseres Landes aber möchte ich heute sagen: Die ältere Generation hat in einer entscheidenden Phase der Geschichte versagt. Dafür gibt es viele Gründe und wenn man sich bemüht, wird man das Versagen, wenn nicht entschuldigen, so doch verstehen.

Aber diese Generation hat auch dafür geübt.

Ihre Jugend verging im Krieg, in Gefährnissen der Gestapo, im Hunger, Unsicherheit und Tyrannei.

Sie, die Jüngeren, haben es viel leichter gehabt.

Es ist leichter, ein guter Demokrat zu sein, wenn man in gesicherten, demokratischen Verhältnissen aufwächst. Das ist das eine, das andere ist, die ältere Generation wünscht, daß ihnen, den Jungen erspart bleibt, was sie, die Älteren verlehrt, erlitten und verschuldet haben.

Unsere Bitte an sie, die Jüngeren, ist: Lassen Sie sich nicht verführen von Demagogen und Wirkköpfe, die das Recht verächtlich machen, die rauben und entführen, schießen und morden.

Glauben sie diesen Worten nicht und wenn sie noch so gut im Ohr klingen, denn sie lügen.

Wir haben erfahren, wohin der Weg führt, der um illusionäre Ziele willen die Interessen, die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen mißachtet und mit Füßen tritt.

Helfen Sie, diesen Staat besser machen, Mißstände, Verstaubtes und Ungerechtes zu beseitigen.

Sie dürfen es, sie sollen es und sie können es auch.

Dieser Staat ist es wert, daß Sie sich um ihn bemühen!

Die schmerzliche Erfahrung der Älteren und die Unbelangenheit der Jüngeren müssen zusammenwirken, so können wir gemeinsam die Zukunft bestehen.

Hofrat Dr. Ludwig Mohr,

Obmann des niederösterreichischen Landesverbandes:

IM SPERRFEUER, DER WELTANSCHAUUNG WEGEN

Die Schicksale der Männer vom Cartellverband
in Österreichs dunkelster Zeit

Das Verhältnis der Mitglieder des Cartellverbandes der katholischen Studentenverbindungen, als CV bekannt, zur seinerzeitigen nationalsozialistischen Bewegung in Österreich war, von unerheblichen personellen Ausnahmen abgesehen, klar festgelegt: Auf der einen Seite der CV, dessen Weltbild durch die in seiner Satzung verankerten Prinzipien der Religion, Wissenschaft, Freundschaft und Vaterlandsliebe bestimmt ist, auf der anderen eine fanatische Gemeinschaft, die zum Ziel hatte, die österreichische Eigenstaatlichkeit mit allen Mitteln auszuhöheln und eine artfremde Weltanschauung zu importieren und durchzusetzen, um am Ende sogar den Namen unseres Landes für immer von der Landkarte zu löschen.

In der öffentlichen Verwaltung, in wissenschaftlichen und freien akademischen Berufen, zum Teil auch in der Wirtschaft, nahmen zur Zeit der ersten Republik – wie mit gewissen Einschränkungen auch heute noch – Mitglieder des Cartellverbandes verantwortliche Stellungen ein. Es versteht sich bei ihrer grundsätzlichen Haltung von selbst, daß sie ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen und vorbildlich erfüllten. Nicht aus laubbahnenorientierten, persönlichen Gründen, sondern aus tiefster innerer Überzeugung stellten sie sich deshalb, als schwere innere Konflikte den Staat erschütterten und gefährdeten, voll und ganz hinter die Regierung und bejahten deren Maßnahmen zum Schutz der staatlichen Existenz. Als am 25. Juli 1934 der aus den Reihen des CV stammende Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß dem Attentat nationalsozialistischer Terroristen zum Opfer fiel, war das Tisch Tuch zwischen CV und NSDAP vollkommen zerschnitten.

Deshalb ist und bleibt der Sinn unseres seinerzeitigen Widerstandes immer aktuell, weil wir für die Fundamente eines jeden demokratischen Rechtsstaates eingetreten sind.

Möge der Sinn unseres Widerstandes künftige Generationen mahnen: Daß nicht Haß, sondern Liebe, nicht Unrecht, sondern Gerechtigkeit, nicht Schwäche, sondern Charakter – die ewigen Fundamente einer gesitteten Menschheit sind.



Nach den alarmierenden Nachrichten, die über die deutsche Reichsgrenze hereindringen, mußte jedem CV-Angehörigen klar sein, daß er von einer Regierung, die von Nationalsozialisten dominiert wird, mochten es irreführende Aussagen oder landstremende Invasionen sein, nur Schlimmes und Schlimmstes zu erwarten haben werden. Selber ein Mitglied des CV seit mehr als einem halben Jahrhundert, darf ich hier eine persönliche Erinnerung einfügen.

Als Präsidialvorstand der Burgenländischen Landeshauptmannschaft und naher Mitarbeiter von weiland Landeshauptmann Dipl. Ing. Hans Sylvester, der ebenfalls CV-Mitglied war, hatte ich noch kurz vor dem „Schwarzen Kartelltag“ 1938, aber schon nach der historischen Rede des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg in Innsbruck, Gelegenheit, mich als Begleiter des Landeshauptmannes und einiger seiner Freunde vorübergehend in Preßburg aufzuhalten. Bei einem Gespräch im

„Carlton-Saxov“ kam, zumal das Unheil schon geradezu in Sicht war, auch das Thema Emigration zur Sprache. Aber Emigration liegt einmal dem Österreicher nicht. Es war uns ein unerträglicher Gedanke, zwar unsere eigene Person und unsere allerliebsten Angehörigen vor dem Gegner in Sicherheit zu bringen, um dann von draußen her zu verfolgen, was Verwandte, Freunde und Gesinnungsgenossen von den neuen Machthabern zu erdulden haben würden. Einheilig wurde deshalb jede solche Alternative verworfen.

Bald danach war es soweit. Zur gleichen Stunde, als am Abend des 11. März 1938 Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg vor dem Mikrophon der Ravag mit dem tiefbewegten Wunsche „Gott schütze Österreich“ vor seinen Zuhörern und dem österreichischen Volk Abschied nahm, begann die große Verfolgung von Katholiken, Sozialisten, Kommunisten und jüdischen Mitbürgern anzulaufen. SA und SS, Mitarbeiter von regulärer Polizei unterstützt, nahm zahllose Verhaftungen und Einlieferungen vor, stützte oft von schweren Mißhandlungen begleitet, Hausdurchsuchungen setzten ein, Beschlagnahmen fanden statt und „deutsch“-gesinnte Hausbesucher attackierten die Familienangehörigen der Opfer. Ein wahrer Katalog von Anstalten und CV-Mitglieder waren immer in der vordersten Linie der Betroffenen. Als wir die erste Nacht der Unfreiheit in der Zelle des Eisenstädter Bezirksgerichts verbrachten, war jeder zweite von uns ein CV-er. Als, beginnend mit dem 1. April, die österreichischen politischen Gefangenen nach Dachau verschleppt wurden, waren jedes Mal CV-Mitglieder in namhafter Zahl darunter. Ich selbst wurde gemeinsam mit meinem Chef, dem Landeshauptmann, mit dem zweiten Transport in Dachau eingeliefert. Dort angekommen, fanden wir bereits eine ansehnliche Gruppe von Cartellbrüdern vor.

Nach uns kamen wieder welche, und nicht alle kehrten lebend wieder heim. In manchen der österreichischen Quartiere waren mehr als ein Viertel CV-Angehörige. Einige Wochen nach den Einlieferungen langten auch die fristlosen Entlassungen der Häftlinge aus dem österreichischen Dienst ein, im Namen des Reichsstatthalters und unter Berufung auf eine Verordnung „zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtenums“ dekretiert. Das Maß an Schicksalsschlägen für die Treue zu Österreich und zur Weltanschauung war voll.

Auch die Verfolgungsmaßnahmen geringeren Grades trafen die Betroffenen hart; jene, die schon zu Beginn ihrer Karriere aus dem Dienste entfernt wurden, wie auch solche, die zwar im Dienste geduldet, aber von ihrer Familie getrennt und in irgendwelche

abgelegene Gegenden „Großdeutschlands“, etwa nach Ostpreußen, verbannt wurden.

Das folgende Namensverzeichnis, das sich vorwiegend mit den in Dachau Angehaltenen, und nicht mit den sonstigen Gestapohäftlingen in den verschiedenen Teilen Österreichs befaßt, von welchen auch die im Hotel Metropol am Morzinplatz in Wien Eingekerkerten, wie etwa Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, ausgenommen blieben, darf keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Es hieße den Rahmen dieses Reports sprengen, wollte man sämtliche Opfer des CV zur Zeit des „Dritten Reichs“ hier nennen. Die anschließende Liste will auch auf rangmäßige Reihungen keine Rücksicht nehmen, nur die ungelähmte Reihenfolge der Einlieferungen soll maßgebend sein. Die Amts- und Funktionsbezeichnungen sind die gegenwärtigen, bzw. jene, die deren Inhaber zuletzt zukamen. Es seien hier angeführt:

Bundeskanzler Dipl. Ing. Leopold Figl, Bundesminister Dr. Felix Hurdes, Bürgermeister Richard Schmitz, Generaldirektor der Nationalbibliothek Dr. Josef Bick, Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, Gendarmenregimental und Gendameriezentralkommandant Dr. Josef Kimmel, Staatsrat Dipl. Ing. Engelbert Dworschak, Sektionschef Dipl. Ing. Rudolf Kloss, Rektor der Hochschule für Bodenkultur Professor Dr. Emerich Zederbauer, Gendameriekommissar Dr. Paul Schmittner, Bundesminister Dr. Fritz Bock, Generaldirektor Bundesrat Dr. Fritz Eckert, Medizinalrat Dr. Walter Pultar, Sektionschef Dr. Herbert Pultar, Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleissner, Regierungsoberkommissar Dr. Gustav Werner, w. Hofrat Dr. Julius Knoll, Staatsrat Dr. Ignaz Tschurtschenthaler, Chefredakteur Dr. Friedrich Funder, Bundesminister Ferdinand

Graf, Kammeramtsdirektor Dr. Anton Widmann, Medizinalrat Dr. Josef Pichler, Landesrat Felix Kern, Bauernbunddirektor Eduard Straub, Bundesminister Dr. Hans Pernter, Landeshauptmann Dr. Karl Maria Stepan, Sicherheitsdirektor Dr. Anton Mörtl, Kanonikus Dr. Leonard Steinwender, Hochschulprofessor Dr. Hans Zessner-Spitzenberg, Landesrat Professor Dr. Hans Gamper, von den Häftlingen, die später ins Konzentrationslager Buchenwald kamen, sollen hier nur Landeschulinspektor Hofrat Mag. phil. Hermann Käfer, Bundeskommissar Dr. Richard Steidle, Sektionschef Dr. Johann Vogelsang und Chefredakteur Dr. Anton Klotz genannt werden.

Die überwiegende Mehrheit der im Vorstehenden aufgezählten standestruktur Männer aus dem CV weit nicht mehr unter uns. Bis auf eine Anzahl, deren Namen unter anderem am Ende dieses Rückblicks folgen, sind sie aus anderen, als auch halbbedingten Gründen gestorben. Dennoch ist es wahrscheinlich, daß es nur allzu oft die von ihnen in der Hitlärära erlittenen Drangsalen waren, die ihre natürliche Widerstandskraft gegen Erkrankungen herabsetzten und ihr Leben verkürzten. Bei einer Reihe von Cartellbrüdern ist jedoch der Zusammenhang zwischen Verfolgung und Tod so lückenlos, daß sie heute der CV mit Recht als heroische Opfer aus seiner Mitte ehrt. Einige wurden einfach kaltblütig ermordet, andere starben noch im Lager oder nach ihrer Entlassung an den Folgen von Haft und Mißhandlung. In jeder Neuausgabe des Gesamtverzeichnis des CV stehen ihre Namen an der Spitze, die Korporationen, denen sie angehörten, sind in der üblichen Abkürzung beigefügt. Diese Namensliste, die in ihrer Schlichtheit für sich spricht, lautet:

UNSERE TOTEN

Im Freiheitskampf für Österreich haben ihr Leben hingegeben:

Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, F. B.	Krecmar Karl, BbW
Bernegger Ludwig, Kb	Mayer Heinrich, NvW
Blak Karl, Nc	Mooslechner Ludwig, Ah
Caldonazzi Walter, Am	Pieller Wilhelm, Kapistran, Cl
Deutsch Franz, NdW	Pühringer Heinrich, Ah
Gruber Johann, Nc	Reinsch Franz, Le
Habel Ferdinand, BbW	Seywald Franz, AW
Hollitscher Hans, Pan	Sinz Hermann, Ah
Hörhager Adolf, Ah	Steidle Richard, Ah
Kemptner Otto, FB	Sylvester Hans, BbW
	Zessner-Spitzenberg Hans, NvW

„Ich hatt' einen Kameraden, einen bess'ren find'st Du nit!“

Camillo Hegner:



Adlerkopf mit Mauerkrone in schwerer Zeit

Das Wiener Polizeigefangenhaus Rollauer Lände 7-9, die „Liesl“, war 1938-1945 für die meisten politischen Häftlinge die erste Station eines Leidensweges, an dessen Ende Zucht- haus, KZ oder Schafott standen. Als zentrales Hausgefängnis der Gestapo war es ein Ort verschärfter Haftbedingungen für „Politische“: Absolutes Rauchverbot, keine Besuche, kein Spaziergang, keine Bücher, kein Einkauf von Lebensmittel (das alles galt für kriminelle Häftlinge nicht!) und selbstverständlich waren Haftverschärfungen dieser Art in der 1. Republik auch für politische Häftlinge, sowohl im Polizeigefangenhaus und erst recht in Wöllersdorf unbekannt. Über allem aber die Last des Psycho-Terrors: Was wird mit mir geschehen? Weitere Folterverhöre bei der Gestapo am Morzinplatz, Einlieferung zum „Volkspenitentenhof“, Transport in ein KZ waren hier weitaus wahrscheinlichere Möglichkeiten, als der unvorstellbare Glücksfall einer plötzlichen Freilassung. Und wie lange diese Unpeweilheit über sein weiteres Schicksal noch dauern würde, wußte keiner...

Trotzdem: Gerade in diesem Haus fand der Gestapoterror seine Grenzen – durch die menschliche Haltung und das tiefverwurzelte Österreichertum der Polizeivollzugsorgane im Gefangenhaus!

Die Wiener Polizisten, die hier Dienst versahen, erfüllte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, innerlich tiefer Abscheu vor der Mordmaschinerie des Hitlerreiches. Als Begleitmannschaft bei KZ-Transporten waren sie zu unmittelbaren Augenzeugen sadistischer Grausamkeit geworden und führten sich dadurch um so stärker zu menschlicher Haltung motiviert. Weitaus nachhaltiger als von der fremden Mordtur, die sie in diesen Jahren gezwungenermaßen trugen, war ihre Persönlichkeit durch die Traditionen des Symbols von Adlerkopf und Mauerkrone an ihren alten, flasschengrünen Uniformen geprägt: Treue zu Österreich, Glaube an Recht und Ordnung, Hilfsbereitschaft für den Bedrohten.

Wer diese Traditionen auch unter Hitler in seinem Herzen bewahrt hatte, konnte gar nicht anders als helfen, das Los der eingekerkerten Frauen und Männer des österreichischen Widerstandes zu erleichtern und dem Vernichtungswillen der Gestapo durch Mittel der Befehlsabgabe, der passiven Resistenz, bis hin zur eigenen aktiven Teilnahme am österreichischen Widerstandskampf zu begegnen. Dazu einige persönliche Er-

innerungen an Gutes und Positives, das politisch Verfolgte-Wiener Polizisten in schwerer Zeit verdanken:

Das Holztrager in der Hand des Hausanleiters Hartl ist durch die Kargheit seines Inhaltes Symbol für das Ausmaß dessen, was in diesem Haus an ärztlicher Hilfe zu erwarten ist: Ein Fieberthermometer, etwas Verbandstoff und Leukoplast, zwei Schachteln Aspirin, Tierkohle und ein Flascherl mit Herztropfen ist alles. Dazu, wenns hoch kommt, für Magenkrankte die ärztliche Verordnung für den drei- bis viermaligen Bezug von einem halben Liter Milch und einer Semmel oder für Fiebernde einige Tage Betruhe, eventuell noch Überstellung in ein Spital bei Infektionskrankheiten mit Seuchengefahr. Dem Gefängnisarzt, den Hartl von Zelle zu Zelle begleitet, sind Schmerzen, Leiden und lebensbedrohende Krankheiten politischer Häftlinge völlig egal. Eiskalt und geühtlos erfüllt er rein formal seine Pflicht.

Stunden nach dem Erscheinen des Arztes, kommt Hartl wieder. Er bringt aber nicht nur Tierkohle und Aspirin, sondern auch jene Medikamente, die in der Kriegszeit selbst „draußen“ nicht so ohne weiteres zu bekommen sind. Woher er sie nimmt? Häufig direkt aus den Händen von Angehörigen des kranken Häftlings, die mit ihm Kontakt aufgenommen haben. Hartl versorgt am „Lauf“, dem berüchtigten Einzelzellen-trakt, jene, die nach Gestapoverhören zerprügelt in ihren Zellen liegen. Er verbindet aber nicht nur Wunden und verabreicht schmerzstillende Medikamente, sondern läßt sich von den Opfern, soweit sie dazu instande sind, auch sagen, wo er sie gefoltert hat. Die Namen, die hier genannt werden, bleiben nicht vergessen. BBC-London erwähnt sie und die damit verbundenen Untaten nicht selten in seinen Sendungen für Österreich. Krankenmilk und die dazugehörige Semmel bekommen besonders bedürftige Häftlinge durch Hartl täglich oft über Wochen, ohne daß der Arzt davon etwas weiß und gute aufmunternde Worte von Hartl vernimmt jeder „Politische“ auf der „Liesl“, ob krank oder gesund. Hartl ist überzeugter Katholik und aktiver Nazigegner. Sein „Sanitätsträger“ birgt viele Geheimnisse, vor allem aber einen unerschöpflichen Reichtum an Herzensgüte und Menschlichkeit...

In den einzelnen Stockwerken des Polizeigefangenhauses, regieren als

Oberaufseher die „Stockchefs“. Drei Aufsehergruppen „A“, „B“ und „C“ machen im wechselnden Turnus Dienst. Jede Gruppe hat ihren Chef. Bei der „C“-Gruppe im vierten Stock, ist dies Wenzel Bacher. Hinter seinem nach außen zur Schau getragenen mürrischen, polternden Wesen, das ihn bei Vorgesetzten als besonders verläßlich erscheinen lassen soll, verbirgt sich die stets wache Hilfsbereitschaft für Inhaftierte. Seine Sorge ist vor allem der Bekämpfung des Hungers zugewandt. Wenn er mittags die Belagstärke seines Stockwerkes zum Essenessen meldet, schlägt er ohne mit der Wimper zu zucken 20 bis 30 Portionen darauf. Den erschwandenen Überschuß an Essen, läßt er in erster Linie Jugendlichen zukommen und natürlich den Einzelhäftlingen am „Lauf“, die es ja besonders schwer haben. Doch darüber hinaus bleibt noch genug übrig, um von Tag zu Tag wechselnd, auch die Gemeinschaftszellen mit einem „Abstauber“ zu versorgen.

Bacher leidet auch stark unter Vergeltlichkeit, im Waschraum, in den die Häftlinge täglich zur „Morgentoilette“ geführt werden, läßt er häufig Zigarettenpackungen liegen. Hier verliert er auch oft volle Seichholzschachteln... Bacher bekämpft den Hunger und die erzwungene Raucherabstinenz. Er entschärft damit Waffen der Gestapo.

Ähnlich vergeltlich wie Bacher im vierten Stock, ist der Chef der „B“-Gruppe Windisch im dritten Stock. Noch viel schlimmer scheint es um seine Sorgfältigkeit bestellt zu sein. Dies zeigt sich besonders dann, wenn er zur Kontrolle der Wäsche Pakete eingeteilt wird, die Angehörige der Gefangenen zum wöchentlichen Austausch: Schmutzwäsche abholen – Frischwäsche abgeben – bringen dürfen. Die abgegebenen Wäsche Pakete dürfen keinerlei Lebensmittel (erst ab Mitte 1940 wurde ein Laib Brot erlaubt) und selbstverständlich keine Rauchwaren beinhalten, gar nicht zu reden von irgendwelchen schriftlichen Mitteilungen! Windisch aber ist so nachlässig oder sieht so schlecht, daß er in diesen Paketen weder Brotwecken, noch Wurst oder Butterpacklein bemerkt. Auch Zigaretten entgehen seiner Aufmerksamkeit...

Besonders beliebt aber ist er merkwürdigerweise wegen seiner brutalen Grobheit, die er manchen Angehörigen angedeihen läßt, wenn sie Wäsche bringen und abholen. Solche Leute läßt

er in der Schlange der Wartenden ganz hinten anstellen und brüllt sie zusammen, wenn sie seine Anordnungen nicht flugs befolgen. Dadurch ergibt sich aber dann meist ein erstaunliches Zusammentreffen: Die bis zuletzt wartenden Angehörigen begannen „zufällig“ ihren inhaftierten Familienmitgliedern, die auf der „Liesl“ als Hausarbeiter tätig sind und die abgepackten Wäschepakete einsammeln, um sie in die verschiedenen Stockwerke zu tragen. Bei solchen Zusammentreffen ist dann Windisch oft bis zu einer halben Stunde abwesend. Häftlinge und Angehörige, die nach dem Willen der Gestapo keinerlei Kontakt miteinander haben sollten, können ungestört plaudern. Nachrichten werden ausgetauscht und dadurch so mancher noch in Freiheit befindliche Widerstandskämpfer gewant.

24. Dezember 1940: Für die Gestapohäftlinge im Polizeigefangenenhaus sollte dies ein Tag wie jeder andere sein. Kein zusätzliches oder besseres Essen, keine Zigaretten, kein Gedanke an Weihnachten. Um 18 Uhr Nachtabschluß der Zellen. Licht aus und dunkel... Daß in das Hochparterre der „Liesl“ dennoch ein Schimmer von Weihnachten gelangte, ermöglichte der Oberaufseher der „B“-Gruppe Kuljanovic, der vom 23. zum 24. Nachtdienst hatte und am Heiligen Abend selbst die Dienstgruppe „A“, mit den Aufsehern Zinke und Prousek. Kuljanovic repräsentierte einen Menschentyp der Rechlichkeit und äußersten Korrektheit. Sein Wesen war unvereinbar mit den Herrschaftsmethoden des Naziregimes, dem er notgedrungen dienste. Seine Gedankens und Empfindungen jedoch mußte er nach außen hin sorgfältig verbergen. Dazu hatte er alle Ursache, da die beiden anderen Aufseher seiner Gruppe fanatische Nazis waren. Die beiden Nazis schickte er daher in den späten Abendstunden das 23. Dezembers zu Bett und begab sich zum „Kontrollgang“ in unsere Hausarbeiterzelle. Kuljanovic hatte seine vollgepackte Aktentasche mitgebracht, deren Inhalt er wortlos auf unseren Tisch entleerte: Tannenweige, Kerzen, ein Sackerl Weihnachtsbäckerei, Zigaretten. „Ihr wißt schon, was damit zu tun ist“, verabschiedete er sich haastig und verschwand. Um mit diesen Dingen „das zu tun, was mit ihnen zu tun war“, bot der nächste Tag ausgezeichnete Bedingungen, denn die am 24. Dezember diensthabende Gruppe „A“, ging bis an die äußerste Grenze des Möglichen, um das schwere Los der Häftlinge zu erleichtern. Ihr „Stockherl“, Hauptwachmeister Prousek war zwar ein Nazi, aber einer mit schlechtem Gewissen. Er tolerierte daher alles, was seine Untergebenen an aktiver Menschlichkeit

offen taten: Die Beschaffung von zusätzlichem Essen, den Zigarettenerschmuggel in alle Zellen und vor allem hatte die Hausarbeiter seines Stockwerkes, die durch die Bank „Politisch“ waren, freie Bewegungsmöglichkeit und blieben in ihrem Schaffen und Warten von ihm völlig unkontrolliert. Es war unter diesen Voraussetzungen nicht schwer, den Häftlingen des Hochparterres nicht nur materielle Hilfe zu bieten, sondern sie auch mit den aktuellen politischen Nachrichten der ausländischen Rundfunksender zu versorgen und für dringende Fälle einen organisierten „Kasaberdienst“ nach draußen einzurichten.

Prousek zur Seite stand Zinke, ein absoluter Hitlergegner (insgeheim wahrscheinlich Sozialist) und herzensguter Mensch. Die stärkste Stütze hatte die Widerstandsbewegung jedoch in Polizeileutnant Soukenik, der „A Gruppe als Polizeioffizier zugeteilt, der selbst aktiver Widerstandskämpfer war. Soukenik, ein Katholik der Tat, eng verbunden mit der Kalasartinerfamilie des Klosters in der Reingasse im 14. Wiener Gemeindebezirk, riskierte durch seine Zugehörigkeit und aktive Teilnahme am Widerstand, täglich sein Leben. Über ihn liefen alle Nachrichten, die der Auslandsrundfunk brachte, über ihn bestand eine feste, nicht abbrechende Verbindung zu den Kräften des Widerstandes in der Freiheit und noch darüber hinaus, zu Freunden im Ausland, die uns unterstützten.

fekt: Sämtliche Häftlinge des Hochparterres erhielten an diesem Heiligen Abend doppelte Essensportionen und eine doppelte Brotration. Die großen Tragtablets, auf denen die Menageschalen mit dem Essen vor den Zellen abgestellt wurden, waren mit dem von Kuljanovic gebrachtem Tannenreisig geschmückt, oben auf dem Reisig lag Weihnachtsbäckerei und unter dem weihnachtlichen Schmuck versteckt, belandeten sich Kerzen, Streichhölzer und Zigaretten. Überflüssig zu bemerken, daß selbstverständlich Soukenik den Großteil dieser zusätzlichen Weihnachtsgaben gestellt hatte. Alles in allem: Nur einige Kleinigkeiten, doch in dieser Zeit und in jener dunklen Nacht der Verlorenheit und Verzweiflung, ein heller Lichtstrahl der Hoffnung auf eine bessere Zukunft...

So haben österreichische Polizisten, vorübergehend in eine ihnen artemde Uniform gesteckt, durch aktive Widerstandstätigkeit geholfen, selbst im Polizeigefangenenhaus den Gestapoterror zu brechen. Sie haben damit nicht wenig „Politischen“ neuen Lebensmut und Kraft zum Weiterkämpfen geschenkt. Die hier genannten Namen ließen sich noch durch manche andere, wie z. B. dem Chef des Bades und der Desinfektion

Die „Liesl“ Zwingburg der Gestapo von 1938–1945



Polizeigefangenenhaus, Roßauer Lände 7–9, Wien

Am Morgen des 24. Dezembers fand ich mich mit Soukenik allein im Aufseherzimmer. Er wandte den Kopf zum obligaten Hitlerbild an der Wand über dem Schreibtisch und knurrte: „Der Verbrecher wird nicht verhindern, daß unsere Leute heute auch Weihnachten haben!“ Gemeinsam mit mir begab er sich dann in die Polizeikantine des Hauses, die für die Verpflegung der Häftlinge zu sorgen hatte. Ein kurzes Feilschen mit einer Küchenangestellten, einige Geldscheine, die ich ihr in die Schürzentasche steckte und der Handel war per-

Dworschak, dem Magazinverwalter Schromm, dem Stockaufseher Fortmayer usw. ergänzen, doch mögen die hier am charakteristischsten dargestellten Persönlichkeiten genügen. Sie alle verdienen in der Traditionsgeschichte der Wiener Polizei ein besonderes Ruhmesblatt und ein „Niemand vergessen“ im positiven Sinne, von uns ehemaligen politischen Häftlingen des Naziregimes.

Plarier I. R. Alois Knecht.

„PROMINENTE“ IN DACHAU

Hochw. Alois Knecht, aus Hohenweiler in Vorarlberg, selber fünf Jahre und zwei Monate im KZ, erzählt:

Im Sommer 1944 rückte mit uns gemeinsam zur Arbeit in der „Plantage“ der Prinz Xavier von Bourbon-Parma, ein Bruder der Exkaiserin Zita von Österreich, aus. Ich wunderte mich, wie er sich mit der Lage abfind und darüber hinwegkam. Im Gespräch mit ihm erfuhr ich, daß er einige Jahre in der Stella matutina, der weltberühmten Jesuitenerziehungsanstalt in Feldkirch, studiert hatte. Einer seiner jüngeren Brüder war ja noch 1917 in dieser Anstalt Zögling, weshalb das Herrscherpaar damals beim ersten Besuche Vorarlbergs auch in der Stella seine Aufwartung machte. – Nach dem 20. Juli 1944 kamen verschiedene angesehenere Männer als sogenannte „Aktionshäftlinge“ ins Lager, u. a. die Grafen Lodron, Cues aus Kärnten und zum zweiten Male der gewesene Landeshaupmann von Steiermark, Dr. Stepan.

Im ersten Weltkrieg war Dr. Stepan schon Kriegsgefangener in Rußland, in

den Jahren 1935 bis 1941 war er das erste Mal im KZ. – Auf der „Plantage“ lernte ich auch unseren späteren Bundeskanzler Ing. Leopold Figl kennen. In Dachau befanden sich auch einige Jahre der ehemalige Bürgermeister von Wien, Dr. Richard Schmitz, welcher in meiner Baracke im anschließenden Zimmer arbeitete. Es waren im KZ auch die ehemaligen österreichischen Minister Reither, Bar-Baronfels, Dr. Hurdas, Dr. Gerö, Bundeskanzler Dr. Gorbach, der in den Inzozschlachten tapfer gekämpft hatte und schwer verwundet wurde, so daß er nur mit einem Bein als Invalider ins Lager gebracht wurde und der Bundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg. Dies waren alle vaterländisch gesinnte, patente katholische Männer, wie auch Miklas und Dr. Dollfuß es waren. Wir verstehen darum die Worte des Papstes Pius XII., der sagte: „Wie trefflich muß das österreichische Volk sein, das solche Männer an der Spitze zu haben verdient!“

Im Jahre 1944 konnten wir in unserer Priesterbaracke auch den französischen Bischof Gabriel Piguet von Clermont Ferrand begrüßen. Ihm wurde zur Last gelegt, er habe für die französischen Freiheitskämpfer, die doch in ständiger Todesgefahr schwebten, Feldgeistliche bestimmt. Er war es, der den Tbc-todkranken deutschen Diakon Karl Leisner im Dezember 1944 in unserer Priesterbaracke zum Priester weihte. Dieser Diakon Leisner ist bald nach der Befreiung des Lagers durch die Amerikaner gestorben.

Kurt von Schuschnigg, mein Klassenkollege aus dem Gymnasium Stella matutina, sagt in seinem Buche „Requiem in rot weiß rot“ von diesem französischen Bischof: „Ich möchte vor diesem Helden und Märtyrer unseres Glaubens die Knie beugen und ihm den Ring küssen...“

Viele tapere Bischöfe und Priester erfüllten während des nationalsozialistischen Regimes trotz größter Gefahren ihre priesterlichen Pflichten und gaben ihren Gläubigen Trost und Stärke, viele ließen ihr Leben in Gefangnissen und KZ-Lagern.

Papst Pius XII hat nach dem Jahre 1945 in Deutschland, Frankreich, Holland, Ungarn, Jugoslawien gerade die tapferen Bischöfe der Reihe nach zu Kardinalen ernannt. Sie der Reihe nach anzuführen würde zu weit führen. Einen Bischof konnte der Papst nach 1945 nicht mehr ernennen, er erlag in Dachau den Drangsalierungen, Mißhandlungen und ansteckender Krankheit des Lagers: Weihbischof Dr. Michael Kozal aus Woclawec (Leslau). Er starb am 23. Jänner 1943 an Typhus in Dachau. Dieser Pole sprach ein ausgezeichnetes, gepflegtes Deutsch und gab sein Leben hin für seinen Ordinarus, d. i. sein unmittelbarer Vorgesetzter. Zu ihm sagte der Weihbischof Dr. Kozal, als die Einladung der polnischen Staatsregierung an die polnischen Bischöfe erging, mit ihr ins Ausland zu fliehen: „Fliehen Sie, erhalten Sie sich für die Diözese, ich bleibe!“ Und er blieb, gab sein Leben hin. Wir freuen uns über die Worte, die Schuschnigg über den französischen Bischof sagte. Aber diese Worte gelten in überhöhtem Maße für Dr. Kozal, denn er liebte alle Priester im KZ in gleichem Maße, war kein Chauvinist, jeder Zoll an ihm war ein Bischof, weshalb Pius XII. am 2. Juni 1945 in seiner Ansprache an das Kardinalskollegium umher den in Dachau verbliebenen Pfarrer Dr. Michael Kozal rühmend hervorhob.



Dachau: Die SS läßt drei Häftlinge vor dem Fotografen aufmarschieren: Oberst Zelzong (l.), den steirischen Landeshaupmann Karl Maria Stepan (Mitte) und den späteren Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach.

Dr. Josef Windisch:

Gut und Blut für Österreich

Verteidigungsbereit am 11. März 1938

Die Tage vom 12. Februar 1938, an dem Hitler auf dem Obersalzberg in Berchtesgaden dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg die Kapitulation gegenüber den Austrofaschisten aufzwang, bis zum Rücktritt des Kabinetts Schuschnigg am 11. März 1938, haben viele aufrechte Österreicher der verschiedensten Lager wieder zueinander versöhnungsbereit und zum Widerstand gegen das drohende Dritte Reich, sowie zur wehrhaften Verteidigung des österreichischen Vaterlandes bereit gesehen. Der Aufruf vom 9. März 1938 zur Volksabstimmung am 13. März 1938 für ein freies und unabhängiges Österreich hat doch noch den holperigen Weg zu einem „Seid einig!“ im Lager Österreich ebnen können und auch die Sozialdemokraten aus der Illegalität heraus zum Unabhängigkeitskampf auf Seite der von ihnen wenig geliebten Regierung des Ständestaates entschlossen gezeigt.

Doch das „Unternehmen Otto“ und der Einmarschbefehl Hitlers an die stark aufgestaute deutsche Wehrmacht am 11. März 1938 hat Schuschnigg, seiner großen Verantwortung bewußt, zur Vermeidung eines Blutvergießens bewegt und zum Widerruf der Volksabstimmung veranlaßt. Seine letzten Worte im Rundfunk „Gott schütze Österreich!“ klingen allen Österreichern sehr schmerzlich in den Ohren und lassen es nicht fassen, daß nun wirklich die Naziherrschaft über Österreich ohne jeden Widerstand und ohne die geringste Verteidigung anbrechen soll. Eine Gruppe junger Burischen des Kaiserin-Arbeiter-Oratoriums in Wien-Penzing, darunter ich selber, hat an diesem Freitagabend im Kloster Reingasse mit Burischen vom Jung-Freiheitsbund Breitensee und mit Studenten der Gartenbaufachschule Unter-St. Veit gerade intensiv eine neuartige und noch wirksamere Phlegelaktion für die schon aufreizend aktiv gewordenen deutschen Turner auf dem Akkorplatz nächst der Schmelz besprochen. Die Rücktrittserklärung Schuschniggs im Radio hat uns arg erschreckt und ist von uns auch nicht als echt und freiwillig abgelesen empfunden worden. Nur ein Putsch des kurz vorher ernannten Sicherheitsministers Dr. Seyß-Inquart von Hitlers Gnaden hat für uns diese Worte verständlich erscheinen lassen. Was stimmt?

Im Laufschrift haben wir uns – etwa 20 Burischen – sofort nach Hietzing zur VF-Bezirksleitung auf den Weg gemacht und unterwegs ständig „Freiheit Österreich“ geschrien. Die Straßen sind fast leer gewesen. Die Bevölkerung hat

sich wohl aus Furcht vor den kommenden Ereignissen in ihren vier Wänden eingeschlossen gehabt. Keine Spur von einer spontanen NS-Völkerhebung in Penzing und Hietzing, keine befreiten deutschen Brüder weit und breit zu sehen! Fahnen mit dem Krukenkreuz flatterten noch im milden Märzlüfterl! Noch vor unserem Ziel sind wir in Hietzing Am Platz auf uns bekannte Sturmschärlar gestoßen, die von Dr. Jakob Kastelic, dem langjährigen Landesführer der Sturmscharen, zu einer Versammlung ins Brauhaus einberufen worden sind. Im Lokal bei Dr. Kastelic haben sich bereits etwa 70 bis 80 Männer befunden, durch die neuesten Gerüchte und Radiodurchsagen beunruhigt und auf den Befehl zum Einsatz mit Waffen wartend.

Nach langem und bangem Warten hat nun Dr. Kastelic mit Tränen und fast stimmlos die Kapitulation Schuschniggs zur Vermeidung eines Blutvergießens allen bestätigt und die Notwendigkeit erklärt, kampflos den Einmarsch Hitlers erlauben zu müssen. Jeder einzelne hat noch vor Dr. Kastelic den Eid geleistet: „Gut und Blut für Österreich!“ Mit einem Handschlag und einem entschlossenen Blick ist das Eidversprechen noch besiegelt worden. Die Besten und Treuesten aller Österreicher haben in die Illegalität gehen müssen. Viele von



General ZEHNER, Seele des bewaffneten Widerstandsgedankens im März 1938.

damals haben sich dem blutigen Terror der Nazischergen nie gebeugt und haben ihr Leben eingesetzt und auch hingegeben. Ihr Opfer ist nicht umsonst gebracht worden und Österreich ist nach 369 Wochen Besetzung und Unterdrückung aus Blut und Asche im Jahre 1945 wieder erstanden!

Margit Heger:



Zu der Fersendung
von Freitag, dem 10. März 1938

Eine junge Frau, sie war noch nicht geboren, als Adolf Hitler seine Heimat Österreich zu einer Provinz seines „Dritten Reiches“ machte, sagte nach der Sendung: „Ich kenn' mich also überhaupt nicht mehr aus. War der Hitler wirklich so schrecklich? Die Leute waren doch alle rechte froh, daß er kam, weil sie wieder Arbeit gehabt haben.“

In der Sendung des ORF „Sieg ohne Heil“ war tatsächlich viel „Sieg Heil“ zu hören. Zu sehen war der mit jubelnden Menschen bedeckte Heldenplatz in Wien, begnitter wirkende Massen an Straßenrand, blätterwühlende Frauen, Hakenkreuzfahnen schwingende Kinder, ein Begeisterungstanzel obengleich, der die einmarschierenden deutschen Truppen und ihren „Führer“ empfing, in den Städten, den Dörfern, auf dem Land.

Darzwischen berichteten einige Österreicher über ihre persönlichen Erlebnisse von damals, im März 1938.

Eine Frau war „dem Führer vertollen“, sein sie ihm in Beunase die Hand geben durfte, einer erinnere sich der Texte der Sprechchöre, die er damals vor dem Hotel Imperial schrie, einige waren „ganz froh, jetzt hab'n wir wieder Arbeit g'habt“, und der Koch vom Hotel Metropol kochte weiter, stand für die Hotelgäste jetzt eben für die Gestapo.

Wenige sagten: „–“ und dann wurde ich verhalten.“

In all dem Jubel und vielen Belanglosigkeiten fiel es kaum auf, daß eine Frau sagte: „–“ wir waren eine christliche Familie, wir waren dappes –“, ein Mann: „– mit Erbitterung im Herzen standen wir dabei –“ und „–“ wir sammelten uns zum Widerstand –“.

Ob diese Sendung geeignet war, der nachfolgenden Generation, der Jugend von heute, zu erklären, was damals mit den jubelnd begrüßten Truppen nach Österreich stuzig? Weiß unsere Jugend, die wegen der Greuel in Vietnam auf die Straße ging und die südafrikanische Apartheid verurteilt, weiß diese Jugend jetzt, was in ihrer Heimat damals geschah? Weiß sie, daß das Recht zu leben zu Ende war mit dem gelben Stern, den sich jüdische Mitbürger an den Marmel nähen mußten, weiß sie von den Verhaftungen, die noch in der gleichen Nacht einsetzten, von den Opfern, die geschlagen, getreten, entwürdigt zu Tausenden in die Konzentrationslager geschleppt wurden? Von der lähmenden Angst, die um sich griff und manchmal so veränderte, daß er sich selbst nicht mehr erkannte?

Heute, im friedlichen, demokratischen Österreich mag es schwer vorstellbar sein, was damals geschah. Die Sendung „Sieg ohne Heiß“ hat wenig dazu beigetragen.

In seiner Rede bei der Gedenkmesse anläßlich des 40. Jahrestages der Besetzung Österreichs im Wiener Burghof, sagte Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger, daß es viele Bilder von dem Jubel, dem begeisterten Empfang der einmarschierenden Truppen gäbe, aber von denen, die zu Hause blieben, die wußten, daß ihr bürgerliches Leben, ihre Existenz zerstört war, von denen, die Selbstmord begingen, weil sie die kommenden Tage nicht durchleben zu können glaubten, von denen gäbe es keine Bilder. Das ist wahr. Aber Zeugen der Finsternis, die über Österreich hereinbrach, gibt es genug. Der Jubel ist zu sehr, sie zu wenig zu Wort gekommen.

Und jene Menschen nicht, die sich schon in den ersten Stunden zum Widerstand organisierten, weil sie ihre Heimat Österreich nicht einfach von der Landkarre Europas streichen lassen wollten.

IM GEDENKEN AN 1938

Gedenksitzung der Opferverbände

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ - Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs hielt die Gedenksitzung „1938 - 1978“ mit künstlerischem Rahmenprogramm am Samstag, dem 11. März 1978 abends, im Festsaal des Alten Rathauses in Wien I ab. Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger gedachte der unzähligen Opfer österreichischer Bürger und dankte auch den Überlebenden der Verfolgten für ihren bewiesenen Einsatz, der ein Wiederaufleben Österreichs und seine heutige Bedeutung für die Welt ermöglichte. Unser Bundesobmann Reg.-Rat Franz Penzner hatte die Begrüßung der Teilnehmer und Gäste mit ersten Worten der Besinnung verknüpft. Mit der Verpflichtung zum „Ehren und Lehren“ wurde die Sitzung geschlossen.

Landsverband Wien - Requiem und Totenmehre

In einem Requiem am 14. März 1978 in der Michaelerkirche gedachten wir aller Opfer des NS-Regimes und der Toten unseres Verbandes. Unser Kamerad Domvikar Magr. Prof. Pinzenhöfer bezeichneter 1938 bereits als Beginn der Entwicklung zum Bruderkrieg und Untergang Österreichs, weil die Grundsätze des Christentums über das Verhalten zueinander erschüttert und ständig bekämpft wurden. Am Dachauer Kreuz wurde ein Kranz niedergelegt und gebetet. Ein Bläserchor intonierte zuletzt das Lied: „Ich halt' einen Kameraden“. Viele Mitglieder unseres Vorstandes und des Verbandes nahmen teil und konnten auch viele Gäste begrüßen.



Mord am Floridsdorfer Spitz

Major Biedermann, Hauptmann Huth, Oberleutnant Raschke, Opfer des Gestapoterrens im April 1945.

Floridsdorfer Schüljugend ehrt ermordete Widerstandskämpfer.

Am Amtshaus Wien - Floridsdorf ist eine Gedenktafel für die am Kriegsende gehetzten 3 NS-Opfer angebracht. Als echte österreichische Patrioten in einer militärischen Widerstandsorganisation wollten sie in letzter Stunde die sinnlose völlige Zerstörung der „Festung Wien“ durch Kriegshandlungen verhindern und wurden verraten.

Eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände hatte bereits am 10. März 1978 an der Tafel 2 Kränze angebracht. Die Schüler und Schülerinnen der Floridsdorfer Gymnasien Franklinstraße und ihre Lehrerschaft hatten am 13. März 1978 eine Gedenkfeier im Haus der Begegnung abgehalten. Im Rahmen der Feier wurde auch ein großer Kranz an der Gedenktafel niedergelegt. Major Biedermann, Hauptmann Huth und Oberleutnant Raschke wurden für ihren Einsatz und das Opfer ihres Lebens zur versuchten Rettung Wiens würdig geehrt und sind nicht vergessen!

UNABHÄNGIG SEIN.....
....und Freizeit gewinnen.

Sparkassen-Privatkonto

SPV - 05770

Reg. Rat Franz Penzner:

Das Wirken der ÖVP-Kameradschaft

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hat in Österreich nach dem Rücktritt der Regierung Schuschnigg schon in den ersten Stunden des Kabinetts Dr. Seyff-Ingardt, *O s t r e i c h e r* wegen ihrer patriotischen Gesinnung, wegen ihrer Abwehrhaltung gegen den unösterreichischen Nationalsozialismus und Ablehnung einer Preisgabe der Selbständigkeit des österreichischen Staates verfolgt und in der Folge, nach vollzogenem Anschluß, wegen ihres Kampfes um die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit Österreichs und um die Wiederherstellung der Demokratie in Österreich an ihrem Leben bedroht, ihnen an ihrer Gesundheit schwersten Schaden zugefügt.

Es war eine Selbsterständlichkeit, daß der wieder entstandene österreichische Staat dem Beispiel der anderen größeren Staaten Europas nach der Befreiung aus dem Hitterjoch folgte und für diese treuen Österreicher, die einen Einsatz im Kampf für die Freiheit und Selbständigkeit, für die Demokratie in Österreich getätigt und dieses Einsatzes wegen einen Schaden an Leben, Gesundheit oder Freiheit erlitten haben – gleichgültig, ob dieser Einsatz und diese Schädigung zur Zeit der Hitlerherrschaft oder zu einem früheren Zeitpunkt nach der Ausschaltung des Parlamentes in Österreich erfolgte, – ein Gesetz schuf, das eine eigene Förderung und Fürsorge für die Opfer ihres Patriotismus vorsah.

Mit 17. Juli 1945 erließ die provisorische österreichische Regierung das erste „Gesetz“ über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich – das **Opferfürsorgegesetz** – verlaubar in Staatsgesetzblatt Nr. 90/45.

Zu diesem Gesetz erschien in der Folge eine Verordnung des Staatsamtes für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Staatsamt für Finanzen, am 31. Oktober 1945, verlaubar in Bundesgesetzblatt Nr. 34 aus 1946. – Zu Folge § 6 dieser Verordnung wurden die Vertreter der Organisation der Opfer des Kampfes um ein freies demokratisches Österreich im Wege der zugelassenen politischen Parteien berufen. Dieses erste Opferfürsorgegesetz berücksichtigt nur die **Opfer des aktiven Kampfes**, nicht aber die passiven Opfer einer politischen Verfolgung. In enger Fühlungnahme mit den Vertretern der politisch Verfolgten, mit ihrer damals bestehenden Einheitsorganisation – dem Bund der politisch Verfolgten – sowie mit den politischen Parteivertretern in der Opferfürsorgekommission, entstand der Entwurf eines neuen, bezüglich des Kreises der anspruche-

berechtigten Opfer sowie bezüglich der Begünstigungen und der Fürsorge umfassenderes Opferfürsorgegesetz.

Am 4. Juli 1947 beschloß der österreichische Nationalrat das neue, im Aufbau wie in seinen Auswirkungen gegenüber dem alten Gesetz wesentlich erweiterte und veränderte Opferfürsorgegesetz, das im BGBl. Nr. 183/47 verlaubar wurde und mit 2. September 1947 in Kraft trat.

Beim Zustandekommen dieses Gesetzes 1947 haben maßgeblich unsere Funktionäre, vor allem **Dr. Bock, Nationalrat Frisch und Kamerad Leinkauf**, Landesobmann von Wien, mitgewirkt. Es ging zunächst darum, daß man die Kämpfer für ein freies demokratisches Österreich, die ob ihres aktiven Einsatzes zu Schaden gekommen sind, sichtbar durch Zuerkennung der „Amtsbescheinigung“ nach § 4 der OFG herausstellen sollte und andererseits alle anderen Opfer der politischen Verfolgung, die auch als passive Opfer ihr Schicksal zur Befreiung Österreichs beigetragen haben, durch einen Opferausweis entsprechend zu kennzeichnen und zu begünstigen.

§ 1 dieses Gesetzes umschreibt den Personenkreis, der im Sinne dieses Bundesgesetzes anzusehen ist und im § 2 sind die Begünstigungen und Fürsorgemaßnahmen aufgezählt.

Nach § 17 des OFG wurden nun die Opferfürsorgekommissionen beim Bundesministerium für soziale Verwaltung und den einzelnen Landesregierungen gesetzlich installiert. Damit begann die Tätigkeit und Mithilfe der ÖVP-Kameradschaft im Bereich der Sozialhilfe und bei der Gewährung von Fürsorgemaßnahmen und Begünstigungen für ihre Mitglieder bis zum heutigen Tag.

Das OFG 1947 war zwar vom guten Willen des Gesetzes getragen, hat aber eine Wiedergutmachung der Schäden, die das abgetretene Naziregime zahlreichen österreichischen Staatsbürgern und ihren nächsten Angehörigen zugefügt, nur in sehr begrenztem Rahmen bewirkt. Viele Gründe waren hierfür maßgebend: Die hohen Lasten des Wiederaufbaues in Staat und Wirtschaft, die prekäre allgemeine Finanzlage des Bundes, die mangelhafte Übersicht über das volle Ausmaß der Schädigungen der Opfer für ein freies Österreich, u. a. mehr.

Erst allmählich, im Laufe von nicht weniger als 30 Jahren und mittels 25 Novellen konnte der heutige Standard der Opferfürsorge erreicht werden. Aber nur einige dieser Novellen hatten eine wirkliche Breitenwirkung: So etwa 1952 mit einem besonderen Gesetz, die Schaffung der Beamtenentschädigung

für die in ihrem Berufe geschädigten öffentlich Bediensteten.

Die Mehrzahl der Bestimmungen aller Novellen hatte zum Ziel die innere Struktur der Opferfürsorgegesetzgebung zu verbessern.

Von den vielen Möglichkeiten, die das Gesetz dem im § 1 umschriebenen Personenkreis bietet, möchte nur auf die 11. Novelle zum OFG hingewiesen werden: Beim Bundesministerium für soziale Verwaltung besteht ein Fonds – Ausgleichstaxfonds – aus dessen Erträgen Inhaber von Amtsbescheinigungen oder Opferausweisen sowie Witwen und Waisen von solchen, unter Würdigung der besonderen Lage im Einzelfalle, zinsenlose Darlehen, einmalige Aushilfen in Notstandsfällen, für Erhaltungsaufenthalte oder Kurtaufenthalte, Zuschüsse zur Anschaffung von Heilbehelfen und Körpersatzstücken, für Stipendien oder sonstige soziale Aushilfen von der DF-Kommission auf Ansuchen bewilligt werden können.

Die Mittel zum Ausgleichstaxfonds kamen von Dienstgebern, die laut Gesetz von 1969 verpflichtet sind, auf 250 Dienstnehmer mindestens je einen Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises zu beschäftigen und bei Nichterfüllung Ausgleichstaxen zu bezahlen haben.

Beamtenentschädigungsgesetz und Haftentschädigungsgesetz

Schon am 29. Mai 1948 verlangte die ÖVP-Kameradschaft in einer Denkschrift die restlose Befriedigung der mit Recht bestehenden Forderungen der politisch, religiös und rassistisch Verfolgten des Naziregimes, die in den Rahmengesetzen vorgeschrieben sind, zu denen aber Ergänzungsgesetze fehlten, die u. a.

die Privatangehörigen, die öffentlich Bediensteten, die selbständig Erwerbstätigen, und die freien Berufe betrafen, Vor allem die Regelung der Miet- und Pachtrechte bei Wohnungen und Betriebsstätten und die Inkraftsetzung der in den Restitutionsgesetzen enthaltenen Bestimmungen, sowie, daß die im OFG und in den Rückstellungsgesetzen angekündigten rechtlichen Komplettierungen ehestens Kraft und Leben erhalten.

Von den vielen Gesetzen, die die Grundlagen für die Wiedergutmachung weitester Kreise der Geschädigten die Voraussetzung hatten, blieb Jahre lang das Beamtenentschädigungsgesetz unberücksichtigt.

Tausende Beamte wurden 1938 und auch später während des NS-Regimes

nur deswegen entlassen oder mit verkürzter Pension in den dauernden Ruhestand versetzt, weil sie aus ihrem Dienst treu blieben und ihnen ihr Österreich mehr galt als alle Lockungen des 3. Reiches. Gerade sie aber bildeten, sofern sie das Martyrium halbwegs gut zu überstehen vermochten, im Jahre 1945 den Grundstock der Beamtenschaft der Zweiten Republik. Sie waren von vornherein und unter allen Umständen verlässlich, so daß die

Der damalige Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft, Nationalrat Frisch bemühte sich beim Finanzminister, sowie den maßgeblichen Männern unserer Partei und erreichte, daß im Budget 1952 die ersten 20 Millionen Schilling vorgesehen wurden. Dies bedeutete bei der damaligen Finanzlage des neuen Staates, der ungeheure Lasten zu tragen hatte, den ersten großen Erfolg. Mit der Bewilligung dieser 20 Millionen Schilling als 1. Rate der Entschädigung für politisch Verfolgte hat der österreichische Nationalrat das Prinzip unserer Forderungen anerkannt und damit zugleich eine konkrete Tat gesetzt. Im Kuratorium wurden die notwendigen Vorbereitungen getroffen. **Kamerad Hofrat Mohr** von Niederösterreich hat einen Gesetzesentwurf für die Entschädigung der öffentlichen Angestellten fertiggestellt. Dieser Entwurf fand die Zustimmung eines erweiterten Fachausschusses. Nach wiederholten Absprachen unter den Regierungsparteien kam das Gesetz in den Nationalrat und fand auch die Zustimmung der Besatzungsmächte. Mit den Verordnungen, die am 19. November 1952 vom Hauptausschuß des Parlaments beschlossen wurden, wurde die Durchführung des Gesetzes möglich.

Wiedergutmachung 1962

Einen spürbaren Erfolg in der Wiedergutmachungsfrage brachte das **Kreuznacher Übereinkommen**, das am 4. April 1962 im Parlament ratifiziert wurde. In diesem Zusammenhang muß besonders auf die eindrucksvollen Worte des ÖVP-Nationalrates Erwin Machzeneu hingewiesen werden, die er im Plenum des Hohen Hauses gefunden hatte. Im Übereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich wurde allen geschädigten Gruppen – politisch, religiös und rassistisch Geschädigte, Verfolgte und Gemäßregelte, Hinterbliebene von Justifizierten, Heimatvertriebene und Umsiedler – berücksichtigt. Uns war es immer klar, daß es eine vollständige Wiedergutmachung niemals geben wird, weil die Leiden der KZ-Lager und -Kerker, der Witwen und Waisen durch Geld nicht ungeschehen oder wiedergutmacht werden können.

Hilfsfondsgesetz vom 13. Dezember 1976

Alle Mittel, die bisher durch Bundesgesetze aus den Jahren 1956 und 1962 dem Fonds zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte gewidmet wurden, sind restlos verbraucht. Soweit der Republik Österreich durch den Staatsvertrag Verpflichtungen zur Regelung entstandener Schäden an physischen Personen, einschließlich Verfolgter, die vielfach die Vernichtung ihrer Existenzgrundlage bedeutet haben, übernehmen mußte, sind diese voll erfüllt

worden. Darüber hinaus soll nunmehr durch das Hilfsfondsgesetz als abschließende Regelung für noch offene Entschädigungsfragen jenen Personen, die heute noch in beengtem wirtschaftlichen Leben und aus rassistischen und politischen Gründen geschädigt worden sind, eine einmalige Aushilfe bis zu 15.000,- S gewährt werden. Der durch das Bundesgesetz vom 18. Jänner 1956 errichtete und derzeit noch bestehende Hilfsfonds hat sich bei der Verteilung von Mitteln an politische Verfolgte bewährt und verfügt neben der erforderlichen Praxis auch über ein umfangreiches Archivmaterial zur Durchführung solcher Aufgaben. Es war daher sinnvoll, den bestehenden Fonds auch mit dieser neuen Aufgabe zu betrauen. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Leistung aus dem Fonds ist nicht gegeben. Bei der Gewährung von Aushilfe an den im Gesetz vorgesehenen begünstigten Personenkreis handelt es sich nicht um eine Wiedergutmachung, sondern um eine Maßnahme, für die die gegenwärtige, beengte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Empfängers maßgebend ist.

Der Fonds ist mit 440 Millionen Schilling dotiert.

Das am 13. Dezember 1976 vom Parlament beschlossene Gesetz bestimmt den Personenkreis und in einem eigenen vom Finanzministerium genehmigten Statut wurden die für die Durchführung des Gesetzes verantwortlichen Organe bestimmt. Ein Kuratorium, das sich ausschließlich aus Vertretern von Organisationen der Verfolgten des Naziregimes aus dem In- und Ausland zusammensetzt, hat auf Grund des Gesetzes und der Statuten die Abwicklung der von der österreichischen Bundesregierung **vierteljährlich** zur Verfügung gestellten **30 Millionen Schilling** Sorge zu tragen. Es hat die gesamte Geschäftsführung und die Gebarung des Fonds zu überwachen. Das Kuratorium hat mit der ersten Sitzung am 4. Februar 1977 seine Tätigkeit aufgenommen. Das Gesetz ist mit 31. Dezember 1978 befristet.

Bis 31. Dezember 1977 wurden Aushilfen in der Höhe von 160.004.000,- S gewährt. Von Österreich sind 12.489 Ansuchen eingegangen, davon wurden 6.648 positiv erledigt. Über die Bundesleitung unserer Kameradschaft wurden bisher 343 Anträge unserer Mitglieder weitergeleitet.

Ehrenzeichengesetz vom 27. Jänner 1976

Die jahrelangen Bemühungen der Freiheits- und Widerstandskämpfer Österreichs um eine sichtbare Auszeichnung für die Betreuung Österreichs von der NS-Gewaltherrschaft wurden mit dem Bundesgesetz vom 27. Jänner 1976 von Erfolg gekrönt. Mit diesem Gesetz wurde ein **Ehrenzeichen für Verdienste**



Opferfürsorge – ein arbeitsreiches Anliegen im Hohen Haus

Zentralstellen mit ihnen auch insofern keine Unannehmlichkeiten hatten, als die Besatzungsmacht gerade diese Beamte nicht der faschistischen Gesinnung verdächtigen konnte.

Der neue Staat und die Regierung figürten sich auf die Mitwirkung dieser gemäßregelten Beamten beim Wiederaufbau des Behördenapparates geradezu angewiesen. Die Behauptung, der Anspruch auf Wiedergutmachung sei durch deren Wiedereinstellung hinlänglich abgegolten, war fehl am Platz. Wenn man den ehemaligen NS-Beamten ganz ansehnliche Beträge nachbezahlt hat, war es unverständlich, daß man die Ansprüche der gemäßregelten Beamten so lange verzögerte. Unablässig waren unsere Vertreter bemüht, das Problem zu lösen.

um die Befreiung Österreichs geschaffen. Dieses kann Personen verliehen werden, die sich um die Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft verdient gemacht haben.

Schon am 12. April 1946 wurde ein Gesetz über die Schaffung der Österreichischen Befreiungsmedaille im Parlament beschlossen. Von einer Vollziehung dieses Bundesgesetzes wurde damals aus rechtlichen Bedenken abgesehen. Immer wieder wurde der Vollzug dieses Gesetzes von den bestehenden Widerstandskämpferorganisationen gefordert. Die ÖVP-Kameradschaft hat in einem Schreiben vom 16. Dezember 1963 dem damaligen Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, der selbst ein KZler war, ihre diesbezüglichen Wünsche bekanntgegeben. Daraufhin hat Dr. Gorbach hoffnungsvoll geantwortet: „Der Ministerrat hat in der Sitzung am 11. Februar 1964 das Präsidium des Bundeskanzleramtes beauftragt, die Vorarbeiten zur nunmehrigen Durchführung des Gesetzes vom 12. April 1946 unverzüglich in die Richtigung aufzunehmen, daß die Verleihung im Jahre 1965 – dem 20. Jahrestag der Befreiung – erfolgen kann.“

Wieder sind Jahre vergangen, bis es der Arbeitsgemeinschaft der politisch Verfolgten durch wiederholte Verhandlungen bei der derzeitigen Regierung gelungen ist, Verständnis für ihr Anliegen zu finden. Es kam nun zu dem erwähnten Gesetz. Es wurde ein neues Gesetz geschaffen und die bisher formell bestehende Rechtsgrundlage außer Kraft gesetzt. Im Hinblick auf die seit der Befreiung Österreichs verstrichene Zeitspanne wird die nun geschaffene Auszeichnung – „Ehrenzeichen für die Befreiung Österreichs“ genannt.

Es sollen grundsätzlich nur österreichische Staatsbürger ausgezeichnet werden und kann auch posthum verliehen werden. Das Ehrenzeichen wird durch den Bundespräsidenten verliehen. Das Prüfungsverfahren wird durch ein Kuratorium sehr gewissenhaft durchgeführt. Dessen gehören neben vier Behördenvertretern sechs weitere Mitglieder an, deren Bestellung durch den Bundeskanzler unter Bedachtnahme auf Vorschläge von Einrichtungen und Organisationen, die die besonderen Interessen von Personen vertreten, die im Zusammenhang mit der Befreiung Österreichs Verdienste erworben haben, also Vereinigungen von Widerstandskämpfern, Verfolgtenorganisationen, KZ-Verbände, Verbände rassistischer Verfolger u. a.

Das Gesetz ist unbefristet. Den Vorsitz im Kuratorium führt der ehemalige Vizekanzler Ing. Häuser. Bisher haben acht Sitzungen des Kuratoriums stattgefunden. Es haben sich bisher 1142 politisch Verfolgte um das Ehrenzeichen beworben. Insgesamt wurden von der ÖVP-Kameradschaft 365 Anträge

gestellt, davon sind nach Überprüfung durch das Kuratorium ein großer Teil erledigt worden.

Bisher sind fünf offizielle Verleihungen vorgenommen worden:
zwei durch den Bundespräsidenten persönlich,
eine durch den Bundeskanzler,
eine durch den Bundesminister für soziale Verwaltung und
eine in den Bundesländern durch die Landeshauptleute.

Anträge können, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, jederzeit an das Bundesministerium für soziale Verwaltung, Sekt. IV gestellt werden.

Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs in dieser Arbeitsgemeinschaft sind zusammengeschlossen:
ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten,
Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus,
Österreichische Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband).

In der Erkenntnis, daß die berechtigten Forderungen und Anliegen politisch Verfolgter und Widerstandskämpfer, die ja in gemeinsam erlittenen Schäden liegen und unsere Wünsche im Interesse der Opfer leichter und besser zu vertreten sind, wenn sie gemeinsam vorgetragen werden, haben sich im Jänner 1968 die drei Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt. Diese Vereinigung hat sich bis zum heutigen Tag in der Betreuung ihrer Mitglieder bestens bewährt. Die Arbeit und Aussprachen finden auf partnerschaftlicher und kameradschaftlicher Basis statt. Die Beschlüsse werden einstimmig gefaßt.

Seitdem es eine Zusammenarbeit der drei Opferverbände in der AG gibt, konnten in der Opferfürsorge Schritt für Schritt weitere Erfolge für unsere Kameraden erzielt werden. Der guten Zusammenarbeit und dem größeren Verständnis im Sozialministerium ist es zu danken, daß einige unserer Wünsche in den Novellen ihren Niederschlag fanden. Wir haben bei weitem noch nicht alles erreicht, was wir im Interesse der Opfer des politischen Kampfes und der politischen Verfolgung angestrebt haben. Demnach streben wir weitere Erfolge und weitere Novellierungen des OFG an, damit unseren Wünschen und denen unserer Kameraden noch zu Lebzeiten möglichst weitgehend entsprochen wird.

Eine Reihe von gemeinsamen Aktionen konnten in kameradschaftlicher Zusammenarbeit durchgeführt werden. Einige davon seien genannt:

Am 11. April 1969 konnte im Leopold Figl-Hof, der an der Stelle der ehemaligen Gestapo-Zentrale am Morzinplatz in Wien errichtet wurde, ein Wehreraum der Öffentlichkeit übergeben werden. Ebenso wurde im Wiener Landesge-

richt die Hinrichtungsstätte als Gedenkstätte zur Erinnerung an die vielen Justifizierten in der Hitlerzeit eingerichtet.

An beiden Gedenkstätten werden alle Jahre zu den Gedenktagen im März und zu Allerheiligen gemeinsam von der AG würdige Feiern veranstaltet und Kränze niedergelegt. Die Gedenkstätten sind jederzeit für Besucher offen.

Gedenkteilem anlässlich der Besetzung Österreichs durch Hitler-Deutschland wurden und werden gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. So fand dieses Jahr am 11. März anlässlich der 40. Wiederkehr der Besetzung Österreichs gemeinsam eine eindrucksvolle Festsetzung im „Alten Rathaus“ in Wien statt.

Gemeinsame Pilgerfahrten in die verschiedenen Lager, wie Mauthausen, Dachau, Buchenwald und Auschwitz, fanden statt.

Der Arbeitsgemeinschaft wurde das Recht eingeräumt durch Begutachtung der verschiedenen Novellen zum Opferfürsorgegesetz und Erstellung der hierzu notwendigen Geschäftsordnungen mitzuwirken. Und was wesentlich ist, die Durchführung so zu organisieren, daß sie reibungslos abgewickelt werden kann, damit die Mitglieder in den Genuß derselben kommen.

Die Mitwirkung bei der Begutachtung von Plänen zur Errichtung von Gedenkstätten und deren Unterstützung bei der Finanzierung wurde der AG zugesprochen.

Ein Sammelwerk über die Gedenkstätten in Österreich wurde herausgegeben. Das Werk „Die Steine reden“, wurde von einem Mitglied der AG verfaßt und kann jederzeit zum Preis von S 100,- bei der Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft erworben werden. Am 3. November vergangenen Jahres kam über Anregung der AG eine **Sondermarke „Zu Ehren der Opfer des Österreichischen Freiheitskampfes“** von der Postdirektion heraus. Der Reingewinn kommt der Opferfürsorge zugute.

Am 19. März 1978 wurde in Auschwitz ein Österreich-Museum eröffnet. Initiatoren waren die Kameraden von Auschwitz in der AG.

Eine Gründung muß man noch besonders erwähnen und würdigen.

Am 11. Februar 1963 versammelten sich im Palais Palfy in Wien prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und die Vertreter der drei Opferverbände, um im Hinblick auf den 25. Jahrestag der Befreiung Österreichs ein Archiv zu gründen, das durch dokumentarische Beweise vor allem der Erziehung der Jugend dienen soll und heute den Namen: „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ trägt. Die Jugend soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften

Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Im Kuratorium sind Mitglieder der Verfolgtenverbände, der Widerstandsorganisationen, der demokratischen Parteien und der Religionsgemeinschaften vertreten. In mühevoller Kleinarbeit wurden – und werden noch immer – Dokumente, wie Abschriften und Originale von Gestapoakten, KZ-Briefe, Zeugenaussagen, Erinnerungsberichte, Photographien, Bücher, zeitgeschichtliche Materialien und Filme gesammelt. Es sei bei dieser Gelegenheit des Initiators und Sekretärs, **Prof. Herbert Steiner** anerkennend gedacht, der mit Hilfe einer kleinen Zahl freiwilliger Mitarbeiter aus den Kreisen ehemaliger KZler und Widerstandskämpfer diese Einrichtung auf eine beachtliche Höhe gebracht hat, die von allen Besuchern und Benützern des Archivs aus dem In- und Ausland immer wieder gewürdigt wird. Das Dokumen-

tationsarchiv ist im Alten Rathaus in Wien untergebracht und kann (und soll!) jederzeit besucht werden. Dieses Werk wurde in Erfüllung eines Vermächtnisses der toten Kameraden, die das Ende der Leiden und Kämpfe und damit die Errichtung eines freien Österreichs nicht mehr erleben konnten, ins Leben gerufen.

Zusammenfassend muß gesagt werden:

Die politisch Verfolgten waren die geistigen Initiatoren des neuen Österreichs. Ohne diese Blutzugenden hätte es keine Wiedergeburt unseres Vaterlandes gegeben. Wenn sie auch heute im öffentlichen Leben nicht mehr die Rolle spielen, als sie für die Alliierten die einzigen verlässlichen Bürgen für ein demokratisches Österreich waren, so dürfen sie und ihre Opfer nie vergessen wer-

den. Die Mitglieder der ÖVP-Kameradschaft stellten für die ÖVP einen äußerst wichtigen Teil dar, waren doch sie es, die seit 1933 unermüdet für die Freiheit und gegen die Nazi-Tyrannie kämpften. In einer Zeit schwerster Jahre verkörperten sie eine politisch-charakterliche Elite, die, als der Kampf gegen Hitler sich zu ihren Ungunsten auswirkte, schweigend den Opfergang in die Gefängnisse, Zuchthäuser und KZ antraten. Nicht um persönlicher und materieller Vorteile wegen kämpften sie gegen den Nazismus, sondern für das Höchste, was der Mensch zu verteidigen hat, für die Freiheit und Menschenwürde, für die Ehre des Vaterlandes.

Führende Persönlichkeiten unseres Bundesverbandes

Wie jede demokratische Organisation immer wieder durch freie Entscheidungen Veränderungen unterworfen ist, so gab es auch in der ÖVP-Kameradschaft den entsprechenden Führungswechsel. Nachdem der erste Obmann des Kuratoriums Kamerad **Dr. Fritz Böck** als Nationalrat zu anderweitigen Aufgaben herangezogen wurde – wie Staatssekretär, Vizekanzler – legte er seine Funktion in der ÖVP-Kameradschaft zurück. Es wurde daher ein neuer Obmann gewählt werden. Am 8. Juni 1951 fand unter Vorsitz des mit der Leitung des Kuratoriums betrauten Wiener Landesobmannes **Hans Jörg Leinkauf** eine Kuratoriumssitzung statt. Bei der folgenden Neuwahl wurde einstimmig Nationalrat **Hofrat Anton Frisch** zum neuen Bundesobmann, Hans Jörg Leinkauf zum geschäftsführenden Bundesobmann und Nationalrat **Josef Rupp**, Landesobmann von Niederösterreich zum Stellvertreter gewählt. Frisch war eine markante Persönlichkeit der Zweiten Republik. Schon in jungen Jahren der christlichen Bewegung verhaftet, ging er als aufrechter Österreicher in das Konzentrationslager Dachau, um nach 1945 wieder seiner Heimat zu dienen. Sein Borgenland und seine Kameraden aus Österreichs schwerster Zeit waren seine vornehmsten Anliegen. Er war Abgeordneter zum Nationalrat und anschließend Bundesrat und kam in dieser Eigenschaft wesentlichem Anteil am Zustandekommen der Wiedergutmachungsgesetze und des Opferfürsorgengesetzes. Am 23. März 1963 – nachdem er 12 Jahre als Bundesobmann tätig war – starb Hofrat Anton Frisch. Das Ableben machte eine Neuwahl notwendig. Das Kuratorium wählte in seiner Sitzung am 10. Juni 1963 den bisherigen geschäftsführenden Obmann, Landtagsabgeordneter und Gemeinderat von Wien, **Hans Jörg Leinkauf** zum neuen Obmann, die Kameraden **w. Hofrat Dr. Ludwig Mohr**, Landesobmann von Niederösterreich, und **Eduard Pumpernig**, Landesobmann der Steiermark und jetziges Mitglied des Bundesrats, zu seinen Stellvertretern.

Unsere Aufgaben sind so groß, daß wir auf Ihre Mitgliedschaft nicht verzichten können!

**Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten
IOIO Wien, Teinfaltstraße 7 · Telefon 63 96 61**

Mit dieser Wahl trat Leitskauf an die Spitze eines Verbandes, dem seine Sorge seit der Gründung gehörte. Ihm war die ÖVP-Kameradschaft stets eine Herzenssache. Leitskauf gründete den Verband gemeinsam mit dem ersten Bundesobmann Vizekanzler Dr. Fritz Bock und war die Seele und der Motor der ÖVP-Kameradschaft. Im politischen Österreich war Leitskauf kein Unbekannter. Mehr als ein Jahrzehnt stand er dem Wiener Parteisekretariat als Landespartisekretär vor. Er wurde schließlich in den Wiener Landtag und Gemeinderat berufen. Sein Weg führte ihn schon im Mai 1945 in die Österreichische Volkspartei und er widmete sich als politischer Verfolger sofort seinem Leidensgenossen. Selbst schwer angeschlagen von der jahrelangen Haft, galt seine ganze Arbeit der Fürsorge

für die KZler und Verfolgten der NS-Zeit. Leitskauf war sein Anbeter, Mitglied der Opferfürsorgekommission beim BM für soziale Verwaltung.

Als Leitskauf nach langer, schwerer Krankheit am 5. Dezember 1974 starb, wurde am 14. Jänner 1975 Bezirksschulinspektor **Rug-Hat Franz Pernauer** zum neuen Bundesobmann gewählt. Pernauer bekleidete bereits die Funktion eines Landesobmann-Stellvertreters des Landesverbandes Niederösterreich als er seine neue, verantwortungsvolle Arbeit als Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft übernahm. Pernauer erwarb sich bald das Vertrauen aller Funktionäre des Kuratoriums, in dem alle Landesverbände vertreten sind. Seine Funktion nimmt ihn voll in Anspruch. Die Interessen seiner Kameradinnen und Kameraden nimmt er in folgenden Institutionen wahr:

Als Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft ist Pernauer stimmberechtigtes Mitglied des Bundesparteitages und des Bundesparteitages der ÖVP, vertritt die ÖVP-Kameradschaft in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände, ist Mitglied der Opferfürsorgekommission im BM für soziale Verwaltung, im Kuratorium des Hilfswerts und des Ehrenzeichenskuratoriums, ebenso ist er Vorstandmitglied des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.

Zu seinen Stellvertretern wurden die Kameraden **Hofrat Anton Hyrböck** (Landesverband Wien) und **Bundesrat Eduard Pumpnering** (Landesverband Steiermark) gewählt.

Ing. Karl Serschen,
Obmann des Landesverbandes Oberösterreich:

Altlandeshauptmann DDR, Heinrich Gleißner – 85 Jahre

Am 26. Jänner 1893 wurde Heinrich Gleißner in Linz als Sohn eines Abteilungsleiters der ehemaligen Lokomotivfabrik Kraus geboren. Er entstammt einfachen Verhältnissen, sein Vater war anfangs Maschinenschlosser und die Familie wohnte im Linzer Eisenbahnviertel. Unser Jubilär mußte sich durch Nachhilfestunden sein Studium ermöglichen. Die Matura hat er mit Auszeichnung bestanden. Dann studierte er an der Karl-Universität in Prag. Der erste Weltkrieg unterbrach sein Studium, er rückte zu den Kaiserschützen ein und machte die Feldzüge in Rußland und in Italien an der vordersten Front mit. Er wurde als Oberleutnant für sein besonders tapferes Verhalten von Kaiser Karl mit der goldenen Tapferkeitsmedaille für Offiziere ausgezeichnet. Kamerad Gleißner gerät beim Zusammenbruch der k. u. k. Armee in italienische Gefangenschaft und kehrte 1919 heim. Er nimmt sein Studium diesmal in Innsbruck auf und promoviert bereits 1920 zum Doktor der Rechtswissenschaften.

Er tritt in den oberösterreichischen Landesdienst, und zwar beim damaligen Landeskulturamt ein. 1921 trat er in die oberösterreichische Warenvermittlung über, wo er einige Jahre die Leitung inne hatte. 1932 wurde er Kamerarabdirektor in der neuerrichteten Landwirtschaftskammer für Oberösterreich. In dieser Zeit heiratet Dr. Gleißner, der Ehe sind vier Kinder entsprossen. 1933 wird er Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft im Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. 1934 wird er Landeshauptmann von Oberösterreich und ist einer von jenen österreichischen Politikern die eindringlich vor

der Gefahr des Nationalsozialismus warnen. Beim Einmarsch der Nazi-Truppen wird Kamerad Gleißner sofort von der Gestapo verhaftet und nach längerer Polizeihalt in die berüchtigten deutschen Konzentrationslager wie Dachau und dann nach Buchenwald gebracht. Am 30. Dezember 1939 wird er aus dieser Hölle entlassen, er durfte nicht nach Österreich zurück, sondern er erhält „Zwangsaufenthalt“ in Berlin.

– Wie sich die Bilder gleichen – der rote Faschismus unterscheidet sich keinesfalls vom braunen Faschismus.

Auf abenteuerlichen Wegen gelang es unserem Kamerad 1945 nach Linz zurückzukehren. Bereits in der provisorischen Landesregierung – Oberösterreich ist in zwei Zonen geteilt, in eine amerikanische und in eine russische – wird er wieder Landeshauptmann. Es beginnt der Wiederaufbau, dank seiner Initiative und über alle Parteigrenzen hinweg ist Oberösterreichs Bevölkerung bemüht, vor allem die Ernährung zu sichern. Für uns, die wir aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen der Nazi-Barbarei heimkamen, er er nicht nur der Landesvater sondern auch der wirkliche Kamerad.

Ihm ist es zu verdanken, daß noch heute die „Opferinteressensvertretung“ beim Amte der oberösterreichischen Landesregierung, zum Wohle vieler unserer bedürftigen Kameraden klaglos funktioniert.

Mit besonderer Dankbarkeit denken wir – seine Schicksalsgefährten aus einer



Unser Jubilär:
DDR, Heinrich Gleißner

gradenlosen Zeit – an seinem Geburtstag an all sein Wirken als wahrer, treuer Kamerad.

Am 13. Dezember 1945 wird unser Heinrich Gleißner, vom wieder freien Landtag, einstimmig zum Landeshauptmann gewählt. Bis zum 3. Mai 1971 ist er in dieser verantwortungsvollen Funktion zum Wohle aller Oberösterreicher tätig. Es sind dies fünfundzwanzig Jahre aufopfernde Arbeit für seine Heimat und unser Vaterland Österreich. Wer all diese Zeit miterlebt hat, weiß den weit über die Grenzen seiner Heimat hinaus beliebten und geachteten „aufrechten Österreicher“ ehrlich zu schätzen. Wir, seine stets Getreuen, wünschen ihm aus ganzem, ganzem Herzen volle Gesundheit und er möge seinen jugendlichen Schwung und seinen nie versiegenden Humor – als junger Bär – weiter bewahren.

Mit uns können Sie reden

PERSÖNLICH

Wir beraten Sie gerne

INDIVIDUELL

Wir erledigen alle Geldgeschäfte

VERLÄSSLICH



LÄNDERBANK

Um Sie bemüht

Die ÖVP-Kameradschaft dankt ihren Mitgliedern:

Vor 30 Jahren wurde die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten gegründet. Der überwiegende Teil unserer Kameradinnen und Kameraden gehört der ÖVP-Kameradschaft seit ihrer Gründung an und hat ihr seit dieser Zeit Unterstützung, Anteilnahme oder aktive Mitwirkung gewidmet.

Wir nehmen das Jubiläum des 30jährigen Bestehens der ÖVP-Kameradschaft zum Anlaß, in dieser Nummer Entstehen und Wirken der Kameradschaft uns und der Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen und auf ihre einstige und heutige Bedeutung in der Republik hinzuweisen.

Wir möchten es aber vor allem nicht versäumen, allen unseren Gründungsmitgliedern für ihre Treue und ihre Unterstützung zu danken, die es uns ermöglicht haben, in den vergangenen drei Jahrzehnten im Dienst der Kameraden tätig zu sein und ihre Interessen wahrzunehmen. Daß unser Verband auch heute noch wichtige Aufgaben zu erfüllen hat und dabei der Unterstützung durch seine Mitglieder bedarf, haben die jüngsten Ereignisse um die Schaffung des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs und das Hilfsgesetz neuerlich gezeigt. Darüber hinaus ist aber der Kampf gegen politische Verfolgung auch zu einem aktuellen Anliegen unserer Zeit geworden, in der Freiheit und Menschenwürde durch neue Gewaltregime in allen Teilen der Welt bedroht sind. Wer wäre aber berufener, an diesem Kampf teilzunehmen, als die Opfer der politischen Verfolgung von einst. Mit unserem Dank für die in der Vergangenheit bewiesene Treue verbinden wir daher die Bitte, unseren Verband weiterhin zu unterstützen und ihn damit zur Erfüllung seiner gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben zu befähigen.

**CA-ein Partner
für heute und morgen**



CREDITANSTALT

Wir tragen dazu bei, unser Land sauber zu halten!

Ohne elektrischen Strom ist unsere Wirtschaft, ist unser Leben nicht mehr denkbar.

Die Donaukraftwerke sind, neben den anderen Wasserkraftwerken, die einzigen Anlagen zur Erzeugung von elektrischem Strom, die vollkommen sauber arbeiten. Ohne Abfallprodukte, ohne Verschmutzung und Vergiftung von Wasser und Luft.

Strom aus dem Strom: ein Weg zum besseren Überleben.



VORARLBERGER ILLWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Ausbau Vorarlberger Wasserkräfte

Die Werksgruppe „Obere Ill – Lünersee“ mit acht Kraftwerksanlagen verfügt über

eine Engpaßleistung im Turbinenbetrieb von 1.114.000 Kilowatt

eine Aufnahmeleistung im Pumpbetrieb von 525.000 Kilowatt

eine Leistungsspanne für die Frequenzhaltung von rund 1.640.000 Kilowatt

und ein Jahresenergieerzeugnis von über 1,9 Milliarden Kilowattstunden

AUFGABEN:

Erzeugung von Spitzen- und Regelleistung
Bereitstellung einer momentanen Leistungs- und Arbeitsreserve bei Ausfall anderer Kraftwerke und von Übertragungseinrichtungen
Energieveredelung durch Pumpspeicherung

STROMABNEHMER:

Land Vorarlberg (Vorarlberger Kraftwerke AG, Bregenz)
Land Tirol (Tiroler Wasserkraftwerke AG, Innsbruck)
Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft), Wien
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen
Energie-Versorgung Schwaben AG, Stuttgart

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

Landesverband Salzburg:

WIR WAREN IN SÜDTIROL

Vom 11. bis 13. Oktober 1977 unternahm die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten des Landes Salzburg unter der Leitung ihres Obmannes, des Herrn Post- und Fernmeldeoberinspektors **Patriz Theißl** eine Fahrt ins Südtiroler Land. Über Mittersill zum Feibertauerntunnel hinunter nach Lienz und hinein nach Bruneck, wo Mittagsrast gehalten wurde, führte die Reise nach Lana. Dort wurde am Grab von Kamerad Franz Ulpmir ein Kranz niedergelegt und das verstorbene Kameraden gedacht. Bei diesem Anlaß hielt Kamerad OSR Georg Felber HD i. R. eine Ansprache. Dann ging's zum Törggele und abends ins Quartier nach St. Walburg im Uffental. Bei strahlendem Wetter führte die Fahrt am nächsten Tag zur Stadtbesichtigung nach Meran und weiter nach Eppan, wo wiederum Mittagsrast gehalten wurde, ein Aufenthalt am Kälterersee lud beinahe zum Baden ein, aber es mußte weiter gefahren werden zwischen Weingärten und Obstplantagen, in denen die gute Ernte eingebracht wird. Abends war man dann froh, in Sterzing ein sehr schönes Quartier gefunden zu haben und am nächsten Tag ging es über den Brennerpaß nach Tirol. Mittagsrast wurde in Kirchberg gehalten, und über Kitzbühel und den Paß Thurn führte die Fahrt bei guter Laune durch das Salzachtal nach Hause. Der Reiseleiter hatte die Fahrt sehr gut vorbereitet und zur Freude aller Teilnehmer verlief sie reibungslos, trug wesentlich zur besseren Verbindung in der Kameradschaft bei und brachte eine Fülle schöner Erinnerungen an Südtirol.

Der Landesobmann:

Landesverband Oberösterreich:

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

(17. Dezember 1977)

Bei der Eröffnung konnte der Landesobmann die zahlreich erschienenen Kameraden begrüßen und im Anschluß daran wurde bei einer Gedenkminute der im abgelaufenen Jahr verstorbenen Schicksalsgefährten gedacht. Vielfach wurde ihr früher Tod durch die in der Haft erlittenen gesundheitlichen Schäden hervorgerufen, wir wollen ihnen über das Grab hinaus stets die Treue bewahren.

Nach einem zusammenfassenden Bericht über die Tätigkeit unserer Landesgruppe hob der **Landesobmann Ing. Serachen** besonders die Betreuung der bedürftigen Mitglieder bei der Opferinteressenvertretung beim Amt der oberösterreichischen Landesregierung hervor.

Ebenso schilderte er die alljährliche Gedenkfeier am 1. November am Opferfriedhof in Ebensee und die Kranzniederlegung in den ehemaligen KZ Mauthausen und Ebensee, am Gedenkstein im Waldfriedhof in Linz und in der ehemaligen Vernichtungsstätte in Hartheim bei Alkoven. Weiters die zahlreichen Führungen von Schülern der Höheren Lehranstalten aus fast allen Bundesländern im ehemaligen KZ Mauthausen.

Durch diesen Anschauungsunterricht werden der jüngsten Generation die Auswirkungen einer Diktatur, gleichgültig unter welchem Vorzeichen – praktisch vor Augen geführt. Abschließend wurde über die diesjährige Kulturfahrt der Mitglieder zu den Ausstellungen in Niederösterreich, und zwar in die Schallaburg und nach Herzogenburg, berichtet.

Nach dem Kassabericht und der Entlastung der Funktionäre dankte der Landesobmann allen Kameraden für ihre Mitarbeit.

Bei der anschließenden Neuwahl des Vorstandes wurde spontan von allen Teilnehmern an der Hauptversammlung Kamerad **Ing. Karl Serachen** als Landesobmann wieder gewählt. – Genau so einstimmig wurden gewählt: **1. Obmann-Stellvertreter: OAR Zimmerbauer Wilhelm, Tegelhofstr. 40, Linz.**

2. Obmann-Stellvertreter: Leitner Max, Am Hochkogel 37, 4810 Gmunden. Schriftführer: OSR Vorholzer Anna, Waldeggstr. 107, Linz.

Kassier: Eibenberger Anton, Schreberstraße 11, Linz.

Kassaprüfer: Reg.-Rat Friedl Reinhold, Mengerstr. 19, Linz.

Kassaprüfer-Stellvertreter: BB. Ob. Insp. Schwabinger Franz, Johann-Strauß-Straße 39, Linz.

Der Landesobmann dankte für das dem neugewählten Vorstand entgegengebrachte Vertrauen und versprach, sich wie bisher, nach besten Kräften für die Kameraden einzusetzen.

Kamerad Serachen erläuterte die neuen Bestimmungen der Opferfürsorge-Novelle und verwies auf die Möglichkeit, bei Nottfällen den Ausgleichstaxfonds beim Bundesministerium für Soziale Verwaltung in Anspruch zu nehmen. Gegebenenfalls wolle man sich bezüglich der Antragstellung direkt an ihn oder seinen Stellvertreter wenden. Vielfach sind unsere Kameraden viel zu bescheiden, um die ihnen zustehenden Begünstigungen zu beanspruchen.

Hinsichtlich der Gedenkfeier zum 40. Jahrestag der Besetzung Österreichs durch das Nazi-Regime, wurde besonders die **Gedenkfeier unseres Kuratoriums am 20. und 21. Mai 1978 in Mauthausen besprochen**. Es wurde allgemein begrüßt, diese Gedenkfeier bei uns in Oberösterreich durchzuführen und wird seitens der Landesgruppe volle Unterstützung zugesichert.

Nach einer eingehenden Diskussion über die augenblicklichen Probleme wurde nach Schluß des offiziellen Teiles der Hauptversammlung noch in gemütlicher Runde so manche Begebenheit aus der Haftzeit erörtert.



Blick auf Linz

Jubilare

In diesen Wochen feiern folgende Kameradinnen und Kameraden ihren Geburtstag, zu dem wir herzlich gratulieren:

LANDESVERBAND BURGENLAND

Hana Korpitsch, 7. 4., 65 Jahre
Gisela Schmitz, 24. 1., 75 Jahre
Camilo Lenk, 25. 1., 75 Jahre
Karl Franz Bennisch, 31. 3., 80 Jahre

LANDESVERBAND WIEN

Gertrude Bokor, 13. 2., 65 Jahre
Adolf Lensky, 23. 2., 65 Jahre
Maria Putz, 7. 1., 65 Jahre
Käthe Eisinger, 15. 1., 75 Jahre
Hugo Kosch, 10. 3., 75 Jahre
Heimut Leidwein, 21. 4., 75 Jahre
Hans Lieser, 27. 2., 75 Jahre
Rosa Schallek, 9. 1., 75 Jahre
Dr. Franz Krisch, 31. 1., 80 Jahre
Leopold Roitmeier, 17. 2., 80 Jahre
Juliane Ziehmayer, 18. 4., 80 Jahre
Anna Arneht, 4. 1., 85 Jahre
Hilde Jeschek, 26. 3., 85 Jahre

LANDESVERBAND SALZBURG

Direktor Ing. Robert Pollak, 29. 9.,
70 Jahre
Ob. Insp. Patritz Theiss, 29. 12.,
70 Jahre

Wenn Martin 1985 einen Arbeitsplatz sucht, werden wir noch viel mehr Strom benötigen als heute – dafür sorgt die NEWAG schon jetzt vor.

Bis Mitte der 80er Jahre werden in Österreich mehr als 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. In Niederösterreich werden viele neue Betriebe ihre Arbeit aufnehmen. Ohne ausreichende Energie aber gibt es schon heute keine Vollbeschäftigung – und schon gar nicht morgen neue Arbeitsplätze. Mit ihren historischen Kraftwerken, ihrer Beteiligung am Kernkraftwerk und den Wasserkraftwerken stellt die NEWAG sicher, daß wir genug Strom haben. Und Mitte der 80er Jahre wird die erste Ausbaustufe des Kraftwerks Bergern bei Hochalm vollendet sein. Aber auch für Niederösterreichische Gasversorgung durch die NIOGAS wird vorgesorgt. Endgas für die 80er Jahre ist verträglich gesichert. Leistungsfähig werden gebaut.



NEWAG-NIOGAS

Neue Energie für Niederösterreich.
Wir sichern die Versorgung von morgen.

BAUUNTERNEHMUNG

**Ingenieure
Badjura,
Petri & Co. KG.**

Baubüro:
1080 Wien, Schlüsselgasse 19/20/17
Tel. 43 61 87 Serie

EB

**EISENSTÄDTER
BANK**

AKTIENGESELLSCHAFT

Eisenstadt Rust Neufeld a. d. Leitha

Um Sie bemüht

**Wir sind für alle da,
tausendfach
an jedem Tag...**



ki

selbstverständlich
**BUNDESLÄNDER
VERSICHERUNG**

**Die
Hypo
Bank
ist
Ihre
Bank**

EISENSTADT
OBERWART
NEUSIEDL
OBERPULLENDORF



... wir haben
eine sichere Hand fürs Geld

CARINTHIA

GRAPHISCHER BETRIEB
VERLAG
BUCH- UND
PAPIERHANDLUNGEN

KLAGENFURT
VÖLKERMARKTER RING 25

Buch- und Papierhandlungen in
Kötschach und Wolfsberg

FABRIK ELEKTROTECHNISCHER
APPARATE

Friedrich Wolf KOMM.-GES.

Wien 14, Lützowgasse 3-5
Tel. 94 41 07 und 94 41 08

Robert und Walter ZIEGLER

Gesellschaft m. b. H.

SAMENHANDLUNG

SAMENZUCHT

Zentrale:

1111 Wien, Simmeringer Hauptstraße 11
Telefon 74 17 56

Gartenzentrum:

1111 Wien, Simmeringer Hauptstraße 13
Telefon 74 37 33

Filialen:

1150 Wien, Camillo-Sitte-Gasse 19
1050 Wien, Reinprechtsdorfer Straße 6

Landesverband Burgenland:

UNSERE TOTEN

Hofrat Adalbert Riedl zum Gedenken in den Morgenstunden des 5. Jänner 1978 entschlief selig im Herrn – wörtlich genommen – in seinem Wohnhaus in Eisenstadt ein großer Burgenländer, ein aufrechter Österreicher und ein treuer Diener seiner Kirche: Wirkl. Hofrat Adalbert Riedl.

Im Sommer dieses Jahres wäre er 80 Jahre alt geworden. Bis vor wenigen Jahren wirkte er noch als Präsident des Roten Kreuzes in seinem Heimatland. Seine außergewöhnlichen, breit gestreuten Fähigkeiten drängten ihn zur beispielhaften Tat. Trotz erfolgreichem, allseits anerkanntem Wirken im politischen Leben der Ersten Republik, im Beruf, in der Volksbildung und im Roten Kreuz blieb er im Herzen immer seiner Berufung zum Lehrer treu. Sein Glaube gab ihm Kraft, auch schwere Schicksalsschläge in Würde zu tragen. Adalbert wurde am 28. Juli 1898 in Oberpettersdorf geboren. Nach dem Besuch der Lehrerbildungsanstalt wurde er 1916 Soldat. Nach dem Ersten Weltkrieg wirkte er als Lehrer und Oberlehrer in burgenländischen Schulen. Mit großer innerer Begeisterung widmete er sich der Politik, wurde in den Bundesrat entsandt und vertrat sein Land im Bundeskulturrat. 1936 wurde er Direktorstellvertreter der burgenländischen Landwirtschafts-Krankenkasse. Am 12. März 1938 erfolgte die Verhaftung durch die Gestapo. Nach einjährigem Leiden im KZ Dachau kehrte er zur Familie heim. Ab 1940 wurde er im burgenländischen Landesmuseum verwendet und konnte dort seine volkswissenschaftliche Begabung voll entfalten. Nach dem Ende des Dritten Reiches wurde er rehabilitiert und mit der Leitung des Landesmuseums betraut. 1949 erhielt er den Titel Regierungsrat. 1951 wurde er definitiver Direktor des Landesmuseums. 1958 erfolgte die Ernennung zum Wirkl. Hofrat und am 31. Dezember 1963 trat er in den Ruhestand.

Das Land Burgenland ehrte Hofrat Riedl durch die Verleihung des Großen Ehrenzeichens, der Staat verlieh ihm das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik und das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs, der Heilige Vater ernannte ihn 1972 zum Ritter des Silvesterordens. Er war Träger des Ehrenzeichens des Deutschen Roten Kreuzes und des Verdienstkreuzes I. Klasse am Bande des Malteserordens...

Amtsrat Langenberger in Eisenstadt begraben.

Kamerad Amtsrat Arthur Langenberger ist am 13. Jänner 1978 nach langem, schweren Leiden in Eisenstadt ge-

storben. Er wäre am 24. September d. J. 80 Jahre alt geworden.

Seine Kinder und Enkelkinder sowie viele Freunde, darunter Landeshauptmannstellvertreter Soronics und Bürgermeister Korbatits gaben ihm am 16. Jänner das letzte Geleit. Seine treue Gattin konnte ihn nicht begleiten, weil sie schwer krank ans Bett gefesselt ist. Die Totenmesse in der Bergkirche und die Begräbniszeremonien hielt Hw. Oberstudienrat Wargler. Am Grabe dankten namens des Burgenländischen Fußballverbandes die Sportfreunde des Verstorbenen für die jahrzehntelange Tätigkeit als Spieler und Funktionär. Für die ÖVP-Kameradschaft, deren Schriftführer AR Langenberger war, sprach Landesobmann Sattler Worte des Dankes.

Eisenstadt: Dr. Josef Thomasitz gestorben

Im Alter von 78 Jahren verstarb am 3. Feber 1978 in Eisenstadt unerwartet Kamerad Wirtschaftsbanddirektor i. P. Josef Thomasitz. Er hinterläßt eine Witwe und vier Kinder. An der Trauerfeier am 10. Februar nahmen viele Freunde teil. Namens der Österr. Volkspartei würdigte Dr. Hans Rabel die Verdienste des Verstorbenen. OSR Sattler dankte für die ÖVP-Kameradschaft dem treuen Kameraden und Funktionär und legte einen Kranz nieder.

Josef Thomasitz wurde am 29. Dezember 1899 in Wien geboren. Er wuchs in seiner Heimatgemeinde Kittsee auf. 1917 zog er als Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg. Nach dem Kriege wurde er Berufssoldat im österreichischen Bundesheer. Im März 1938 war er wegen seiner österreichischen Gesinnung politischer Verfolgung ausgesetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er am Aufbau der Österr. Volkspartei in Eisenstadt beteiligt. Er übernahm das Landessekretariat des Österreichischen Wirtschaftsbundes. 1965 trat er in den Ruhestand.

OKlnap. Neumann in Mattersburg begraben

Im Alter von 70 Jahren verstarb am 17. Dezember 1977 Kamerad Gencl. Kontr. Olmap. i. R. Josef Neumann. Beim Begräbnis am 21. Dezember in Mattersburg ehrte eine große Abordnung der Gendarmerie den verdienstvollen Beamten. Die große Anteilnahme der Bevölkerung gab Zeugnis von der Beliebtheit des Verstorbenen. Für die ÖVP-Kameradschaft der polit. Verfolgten legte Kamerad OSR Schmidt einen Kranz nieder.

Hofrat Dr. L. Mohr;
(Landesverband NÖ)

Die 25. Novelle zum Opferfürsorgegesetz

Die Feststellung, daß das Opferfürsorgegesetz vom Jahre 1947 seine Aufgabe, die hohen und vielfältigen Schäden einigermaßen gutzumachen, die der nationalsozialistische Terror zahlreichen Österreichern zugefügt hatte, zunächst nur unzulänglich, in rudimentären Ansätzen, erfüllte, soll keine Abwertung der guten Absichten des Gesetzgebers sein. Zu groß waren die Schwierigkeiten, mit denen zu Beginn des Wiederaufbaus von Staat und Wirtschaft die Verantwortlichen jener Tage zu kämpfen hatten.

Selbstverständlich war die Suche nach einer gerechten Opferfürsorge niemals die ausschließliche Domäne einer einzelnen politischen Partei. Es ist aber angezeigt, daran zu erinnern, daß es stets auch das **Anliegen der Mandatäre der Österreichischen Volkspartei** war, das Stammgesetz schrittweise auszubauen und seine Leistungen im Einklang mit den budgetären Möglichkeiten zu erhöhen. Allein in der Zeit, in der an der Spitze der österreichischen Bundesregierung jeweils ein **Bundkanzler aus den Reihen der Volkspartei** stand, ist das **Opferfürsorgegesetz** nicht weniger als **zwanzig Mal geändert, verbessert** worden. Auch das **Beamtenentschädigungsgesetz** kam in dieser Epoche zustande.

Seither erschienen weitere fünf Gesetzesnovellen. Die jüngste, die 25. Novelle vom 17. November 1977, die mit 1. Jänner dieses Jahres in Kraft trat, hat

IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“.

Redaktion und verantwortlich: Dr. Josef Windisch, Alle Wien VIII, Laudongasse 16, Verwaltung und Auslieferung: Wien VIII, Laudongasse 16.

Druck: Astoria, 1232 Wien, Großmarktstraße 16.

Damit Sie es schöner haben!

ELIN-Haushaltsgeräte sind heute zu einem Schrittmacher des Komforts in Haus und Heim geworden. Zunehmende Bedeutung gewinnt vor allem in jüngster Zeit auch die elektrische Raumheizung in Schulen, gewerblichen Betrieben usw., welche

von ELIN individuell ausgelegt, projektiert und geliefert wird. Die Warenpalette reicht bei den Geräten vom einfachen Bügel-eisen über den Elektroherd bis zum Spitzenfarbfernseh-gerät mit Ultraschall-fernbedienung.

Beratung und Service gibt es in allen Bundesländern.



Als erstes gemeinnütziges Wohnungsunternehmen in Oberösterreich, 1909 gegründet, steht die Wohnbaugenossenschaft

„Wohnungsfürsorge“

seit fast 70 Jahren im Dienste der Wohnungssuchenden.

Die Genossenschaft hat in Linz, Wels, Kirchdorf/Krems, Gmunden, Ebensee, Braunau/Inn, Ansfelden/Haid, Freistadt, Pasching, Leonding und Pettenbach Wohnhäuser gebaut. Weitere Wohnanlagen sind in Vorbereitung.

**Raiffeisen
verdoppelt
Ihr Geld.**

Durch
maßgeschneiderte
Sparberatung
der Bankprofis.

Richtig. Raiffeisen.

Die Bank mit dem persönlichen Service.



wiederum zum Ziele Geschädigten, und zwar mittelbar Geschädigten, den Hinterbliebenen nach Opfern, den Hinterbliebenen nach Opfern, eine finanzielle Besserstellung zu gewährleisten. Im Einzelnen handelt es sich um:

1. **Hinterbliebenenrente**, bei entsprechend mäßigem Einkommen des Hinterbliebenen, die **Unterhaltsrente**: Die beiden Renten stehen bisher schon der Witwe (der Lebensgefährtin) und bestimmen, im Gesetz taxativ angeführten nächsten Angehörigen eines Opfers im Sinne des Opferfürsorgegesetzes zu, wenn diese an einem Leiden gestorben ist, wofür es bis zum Tode Anspruch auf die Opferrente hatte, wenn also, anders ausgedrückt, **das Leiden, das zum Tode führte, verlogungsbedingt** war. - Weiters gebührt den Hinterbliebenen diese Rente (gegebenenfalls auch die Unterhaltsrente) dann, **wenn das Opfer unmittelbar vor seinem Tode im Genuss einer Opferrente** entsprechend einer **Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 70%** gestanden ist, ohne daß den Hinterbliebenen der Anspruch auf Zuerkennung der Amtsbescheinigung erwachsen wäre. Im Klartext: auch wenn zwischen dem Tode des Opfers und der seinerzeit erlittenen Verfolgung kein ursächlicher Zusammenhang bestand, obwohl das Opfer durch die Verfolgung bestimmte, amtärztlich graduell festgestellte, gesundheitliche Schäden aufzuweisen hatte.

Auf Grund dieser Wohltat des Gesetzes steht also die Hinterbliebenen-, gegebenenfalls auch die Unterhaltsrente, den erwähnten Hinterbliebenen auch dann zu, wenn der Verstorbene etwa einem Karzinom erlag oder an den Folgen eines Verkehrsunfalls zugrunde ging; obwohl also zwischen seinem Tode und der seinerzeitigen Verfolgung kein Kausalzusammenhang bestand.

Nunmehr - und das ist das Neue - wurde der erforderliche **Prozentsatz der Minderung der Erwerbsfähigkeit** des Opfers von mindestens 70 auf **mindestens 60%** gesenkt. Ohne Zweifel erlährt dadurch eine größere Gruppe von Hinterbliebenen eine spürbare Verbesserung ihrer Lebensumstände. In diesem Zusammenhang wird seitens der Kameradschaft nach Inhabern einer Amtsbescheinigung, die bis zu ihrem Tode eine Opferrente bezogen hatten, nahegelegt, entweder **aus dem Nachlasse**, wenn sich daraus keine Klarheit ergibt, **durch Rückfrage beim örtlich zuständigen Referat** für Opferfürsorgeangelegenheiten (Bezirks-hauptmannschaft bzw. Magistrat) festzustellen, wie hoch die Minderung der Erwerbsfähigkeit der Verstorbenen war, die der Bemessung seiner Opferrente zugrunde gelegt war. Davon hängt der Anspruch auf die Hinterbliebenenrente ab, die derzeit - für die Witwe - immerhin monatlich 5 920,- beträgt.

2. **Das Sterbegeld**: Diese einmalige Geldleistung, deren Höhe sich seit 1. Jänner d. J. zwischen 5 3786 und 5 6312 bewegt, wurde **bisher nur nach Inhabern einer Amtsbescheinigung** oder Empfängern wiederkehrender Geldleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz gewährt.

Nunmehr gebührt aber das Sterbegeld auch dann, wenn der Verstorbene zwar nicht die Amtsbescheinigung, wohl aber den **Opferausweis** innehatte und sein Einkommen zum Zeitpunkt seines Todes die Höhe der seinem Familienstande entsprechenden, ungekürzten Unterhaltsrente (zwischen 5 4249 und 5 5330, zuzüglich allfällig gebührender Erziehungsbeträge) nicht erreichte.

Allerdings ist das Sterbegeld nicht unmittelbar als eine Zuwendung an die Hinterbliebenen gedacht; es dient bestimmungsgemäß dazu, eine angemessene Bestattung des verstorbenen Opfers zu sichern. Erst ein nach Abzug der Bestattungskosten verbleibender Restbetrag ist der Witwe (der Lebensgefährtin, den Kindern, den Eltern) auszuhändigen, wenn diese zur Zeit seines Todes mit dem Verstorbenen in häuslicher Gemeinschaft gelebt hatten. Leider muß man heute, angesichts der hohen Kosten im Bestattungswesen, befürchten, daß sich nur selten ein Restbetrag ergeben wird. Zum Schlusse soll auch noch auf die Neufassung einer Bestimmung des Kriegsoffiziersversorgungsgesetzes 1957 aufmerksam gemacht werden, die wegen der Übernahme mehrerer rentenrechtlicher Vorschriften dieses Gesetzes in die Opferfürsorge für den Personenkreis, den unsere Kameradschaft betreut, von Wichtigkeit ist. Mit § 52 Abs. 5 des erstgenannten Gesetzes war bisher angeordnet worden, daß Anträge auf Neubemessung einer bereits rechtskräftig zuerkannten Beschädigtengrund- (= Opfer-)rente wegen einer Verminderung des Grades der Erwerbsfähigkeit (sogenannte **Verschlimmerungsanträge**) ohne Durchführung eines Ermittlungsverfahrens **abzuweisen** seien, wenn der Beschädigte zum Zeitpunkt der Einbringung des Antrages **das 65. Lebensjahr vollendet** hatte. Seit 1. Jänner d. J. ist diese harte Bestimmung gefallen. Daß sich eine, einmal bereits festgestellte Minderung der Erwerbsfähigkeit durch Fortentwicklung der gesundheitlichen Schäden auch noch im höheren Alter ändern kann, steht außer Frage. Es können also ab Jahresbeginn alle **gesundheitlich geschädigten Opfer, ohne Rücksicht auf ihr Alter, Verschlimmerungsanträge** bei der zuständigen Bezirksbehörde einbringen, wenn sie **Gründe dafür** angeben können, daß sich ihr Leiden verschlechtert habe.

Hotel Astoria Wien

Ihr gepflegtes Hotel-Restaurant
in der Fußgängerzone

Telefon 52 65 85
Telex 012856

Zentrale Wien 1,
Herrengasse 12
Zweigstellen in Wien
Zweigniederlassungen
in den Bundesländern

Rechnen Sie!
Rechnen
Sie mit 

... die Bank für Sie



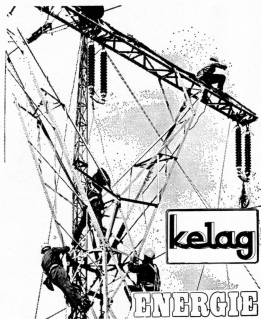
ÖB-Bank

 **SGP**
LÖST
PROBLEME
 **NACH**
MASS

Mit qualifizierten Ingenieuren und erstklassigen Fachkräften.
Ein hoher Exportanteil stärkt Österreichs Wirtschaft.



Simmering-Graz-Pauker AG.
A-1071 Wien, Mariahilfer Straße 32
Telefon (0222) 93 05 21
Telex 01-2767



kelag

**ENERGIE
FÜR HEUTE
UND MORGEN
STROM**



Das Ehrenzeichen für Verdienste
um die Befreiung Österreichs

1948 **1978**
30 JAHRE
ÖVP-KAMERADSCHAFT

immer
für Österreichs Freiheit